

Morris

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando
 Vierteljährlich 3,90 Mk., monatlich 1,30 Mk.,
 wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,30 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

erschaltet 1891a.

Die Interflons-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonelle
 oder deren Raum 60 Pf., für
 zehnspaltige und gewerkschaftliche Berichts-
 und Berichterstattungs-Anzeigen 90 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das letztgedruckte
 Wort 30 Pf., (zweites 2 letztgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Stellenangebote und Geschäftsvermitt-
 lungen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 4. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 97.

„Erntedienst — Kriegsdienst“.

Im Anschluß an die vorgestern von uns veröffentlichten Rundgebungen der lippischen und Altenburger Regierung über die Durchführung eines eventuellen Arbeitszwanges für die Erntezeit, namentlich gegenüber Frauen und Rentenempfängern, möchten wir nachträglich auf einen Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 28. Juli über „Erntehilfe für die Landwirtschaft“ hinweisen, der uns recht interessante Zusammenhänge aufzudecken scheint. Das agrarische Blatt wies unter anderem darauf hin, daß namentlich für die Vergung der Kartoffelernte ein Mangel an Arbeitskräften bestehe. Wie die Landwirtschaft, wenn ihr nicht durchgreifende Arbeitskräfte zuteil werde, rechtzeitig mit ihr fertig werden solle, sei nicht abzusehen. Aus ihrem Leserkreise seien der „D. T.“ mannigfache Anregungen zugegangen, für die ländliche Arbeitskräfte in der Erntezeit unbefähigte städtische Arbeitskräfte in größerem Maßstabe zu organisieren, insbesondere weibliche, denen gegenüber wieder die Idee des „weiblichen Dienstjahres“ angeregt werde. Das Blatt selbst hegt einige Zweifel, ob die städtischen Kräfte wirklich in so durchgreifendem Maße für die Erntehilfe mobil gemacht werden könnten; daß aber die in den Städten „brachliegenden“ Kräfte herangezogen werden müssen, erscheint auch ihm notwendig. Daran knüpft es, unter Hinweis auf einen Bericht des Vorstehers des Arbeitsnachweises der schlesischen Landwirtschaftskammer, wonach von 2000 von ihm vermittelten Breslauer Arbeitslosen 20 Proz. Frauen und 80 Proz. Männer kontraktbrüchig geworden seien, die Warnung, zur Auswahl geeigneter städtischer Arbeitskräfte eine feste Organisation zu schaffen und gegebenenfalls einen gewissen Zwang walten zu lassen.

Den Zwang, schreibt das Blatt, verstehen wir zunächst jedenfalls nicht dahin, daß etwa eine förmliche Mobilmachung aller städtischen Kräfte, die nicht nachweislich in der Stadt selber nützlich oder gar dringend beschäftigt sind, stattzufinden habe; von einer solchen Hilfe würde sich auch die Landwirtschaft kaum etwas versprechen. In dieser Beziehung denken wir vielmehr nur an eine durchgreifende Organisation für Arbeitskräfte, die freilich das Recht haben müßte, Arbeitslose zur Verwendung in der Landwirtschaft zu bestimmen, die aber auf eine gewisse Eignung für ländliche Arbeit schon deshalb sehen müßte, weil andernfalls die der Landwirtschaft zugeführten Kräfte ihr leicht mehr Last als Nutzen bringen könnten. Diese Organisation, die von bekümmerten Behörden, namentlich auch von militärischer Seite, auszugehen hätte, müßte aber, abgesehen von der Verteilung der Arbeitskräfte, die Arbeitsbedingungen, unter Berücksichtigung immer der einschlägigen besonderen Verhältnisse, festlegen und eine gewisse Arbeitsaufsicht durchzuführen, um solche Erscheinungen, wie der Arbeitsnachweis der schlesischen Landwirtschaftskammer sie in der obigen Fußnote feststellt, zu verhindern. Inwiefern müßte der Erntedienst allerdings gewissermaßen als Kriegsdienst gelten. Ein gewisser Zwang würde namentlich auf jugendliche Personen, denen die Landarbeit wohl vorwiegend zunächst wenig behagen dürfte, ebenso wirksam wirken, wie der militärische Zwang auf die Rekruten, die am Dienst ja auch nicht sofort Geschmack finden, unter dem Einflusse des Zwanges aber doch meist bald seine Segnungen spüren.

Den „Segnungen“ dieses eigenartigen „Erntedienstes“ für die davon betroffenen Arbeitskräfte stehen wir freilich recht skeptisch gegenüber, müssen aber zugleich gestehen, daß die empfohlene Zwangsaushebung städtischer Arbeitskräfte für die Landwirtschaft dieser in der Tat neue „Segnungen“ — zu den vielen, die ihr die Kriegszeit beschert — in den Schoß werfen würde. Uns ernstlich mit den Klagen der Landwirte über die „kontraktbrüchigen“ Arbeiter auseinanderzusetzen, haben wir um so weniger Lust, als sie von den Agrariern schon seit Jahrzehnten vorgebracht werden. Würden die Arbeitsbedingungen, die Löhne usw. auf dem Lande besser sein, so würden die Arbeiter die „Segnungen“ der Landarbeit nicht wieder mit dem Glend der Arbeitslosigkeit vertauschen. Nun soll nicht nur der Freizügigkeit der Arbeiter durch eine „gewisse Arbeitsaufsicht“ ein Damm gesetzt, es sollen auch Zwangs- und Previsionsmaßnahmen in Anwendung gebracht werden, wie sie zum Teil schon in den Erlassen der lippischen und Altenburger Regierung angekündigt werden.

Natürlich heißt es bei der Begründung derartiger Forderungen und Maßnahmen stets, das Interesse des Vaterlandes erfordere eine durchgreifende „Erntehilfe“, Gut. Wenn dem so ist, so möge die Landwirtschaft, die ihre Interessen als Produzentin ausgezeichnet wahrzunehmen versteht, nun auch als Konsumentin der Ware Arbeitskraft den Interessen der Arbeitnehmer durch entsprechende Löhne und Arbeitsbedingungen gerecht werden. Dann wäre sicherlich jeder „Zwang“ überflüssig. Daß aber die berufenen Vertreter der Landwirtschaft, die den „Segnen“ der Konjunktur bis auf die Reize ausschöpfen, den städtischen Arbeitskräften nun außer der Last der emporgeschraubten Lebensmittelpreise auch noch den Zwangsdienst aufbürden wollen, ist ein Unterfangen, gegen das wir im Interesse der Arbeiterschaft den schärfsten Protest erheben.

Imperialismus und Arbeiterklasse in Australien.

Von allen Enttäuschungen, die wir während des Krieges erlebt haben, war vielleicht die größte die Kapitulation der Demokratie vor dem Nationalismus und Imperialismus. Sicher hatte die Demokratie nirgend einen so hohen Entwicklungsgrad erreicht als in Australien. Die australische Republik war tatsächlich als erste soweit gelangt, eine Arbeiterregierung zu befehlen, das heißt, eine Regierung, in der das Proletariat eine fast absolute Kontrolle über die lokalen und bundesstaatlichen Angelegenheiten des Landes hatte. Australien war ein Land, in dem der größte Teil der Gesetzgebung den Interessen der Arbeiter diente, und wo die Grundlagen der Demokratie am gesündesten waren. Dieses ganze wunderbare, mit Mühe und Beharrlichkeit errichtete Gebäude ist vor einer Erscheinung eingestürzt: dem Nationalismus und Imperialismus.

So außerordentlich die Tatsache ist, muß man doch erkennen, wenn man die Phänomene aus der Nähe prüft, daß es nicht anders sein konnte, denn die führenden Schichten der australischen Arbeiter hatten sich darauf verstreut, bei dem Bau ihres Staatswesens ein nationales Gebäude zu errichten, und hatten vergessen, zu gleicher Zeit den Grund zu der internationalen industriellen Organisation zu legen. Und deshalb trug das Wirken dieser Arbeiter seinen Todeskeim in sich. Denn, im Gegensatz zu den Sozialisten und zu den internationalen Gewerkschaftern waren sie nicht für den Umsturz des kapitalistischen Systems. Was sie anstrebten, war einfach die Teilnahme an dem bürgerlichen Regierungssystem. Nachdem dieses Ziel einmal erreicht war, mußten sie gezwungenermaßen die Politik des kapitalistischen Systems, das heißt, eine nationalitistische und imperialistische Politik, mitverfolgen.

Zu der Tat haben die Führer der Arbeiterpartei (Labour Party) jetzt im Kriege weder ihre Hilfe noch ihren Eifer für die Sache des britischen Imperialismus gespart. Sie haben die Rekrutierung der Truppen für die britische Armee sehr warm unterstützt. Und sie haben ein ebenso bedeutendes Kontingent von Männern gestellt, wie Kanada, obwohl die Bevölkerung von Australien ungefähr die Hälfte von der Kanadas ausmacht.

Der Teil der australischen Arbeiter, der noch immer an der Politik ihrer Regierung festhält, ist von Stolz über die vollendete Aufgabe erfüllt. Und er zieht hieraus — ganz im Sinne der bürgerlichen Gedankengänge der „alten Welt“ — die Konsequenz, die die Zeitung „Dulletin“ in Sidney wie folgt formuliert: „Weil Australien in diesem Kriege eine ebenso mächtige Armee gestellt hat wie die, die England seit 20 Jahren besetzt, hat es ein Recht beim Friedensvertrag einen Anteil an der Beute zu verlangen.“

Die australische Arbeiterregierung hat auch ihren Premierminister nach England entsandt, der ihre Interessen vertreten und zugleich die Treue Australiens zum Mutterland kundgeben sollte. Der Arbeiter-Premierminister, der ehemals berühmte William Morris Hughes, begann seine Laufbahn als revolutionärer Arbeiter. In England hat ihn die imperialistische Presse warm empfangen. Die alliierten Regierungen haben ihn wie einen Messias gefeiert. Die Aufgabe, die sich dieser Exrevolutionär gestellt zu haben scheint, ist die Organisation des britischen Weltreichs. Sein Ideal wäre die Errichtung eines Föderativreiches mit einem zentralen Kriegsministerium und einer Politik des aggressiven Imperialismus und Militarismus.

Auf der Wirtschaftskonferenz der Alliierten, die in Paris stattfand, hat er sich ganz besonders mit dem wirtschaftlichen Krieg nach dem Kriege beschäftigt. Herr Hughes hat ein Zollregime zwischen den Alliierten begünstigt, das Minimalzölle für den Austausch von Waren innerhalb der verbündeten Länder festsetzen würde, „vernünftige“ Zölle für die neutralen Länder und ein Prohibitivtarif für alles, was von deutscher Herkunft ist.

Wie man sieht, ist diese „Arbeiterpolitik“ Imperialismus in demokratische Formen gekleidet. Aber man darf nicht glauben, daß diese Politik in Australien allgemeine Zustimmung findet. Schon vor dem Kriege bestand eine große Unzufriedenheit unter den ungelerten Arbeitern, deren Streiks von der Arbeiterregierung unterdrückt wurden — und daselbe Element bildet heute den Oppositionskern gegen die Arbeiterregierung. Die Erfahrung hat, die seit dem Beginn des Krieges in Australien stattgefunden haben, sind alle gegen die Regierung ausgefallen. Nach und nach kehrt auch bei der australischen Arbeiterklasse die Besinnung wieder, verstärkt durch eine tiefere Einsicht in die großen Zusammenhänge der Politik. Die Arbeiterpartei selbst ist durch den Druck der Bevölkerungszwängen worden, ihren Premierminister zu desavouieren — und nach und nach geben sich die australischen Arbeiter Rechenschaft von der Unzulänglichkeit des „Laborismus“ (Arbeiterregierung), um zu Kampfmethoden überzugehen, die den internationalen Interessen des Proletariats und seinen großen Endzielen eher entsprechen als die bisher vorherrschenden Methoden.

Casements Urteil vollstreckt.

London, 3. August. (W. T. B.) Neutermeldung. Heute um 9 Uhr früh wurde Roger Casement erschossen.

Wenn auch nach juristischen Begriffen der Tatbestand des Hochverrats vorgelegen haben mag, wäre es von England politisch unendlich viel lächerlicher gewesen, wie in früheren Fällen Großmut zu üben. Derartige politische Gewaltakte sind, wie die Geschichte lehrt, noch immer zum Nachteil der Regierungen ausgefallen, die das gebotene Maß politischer Besonnenheit nicht zu wahren verstanden.

Amsterdam, 3. August. (W. T. B.) Es geht aus der Meldung des Neutersehen Bureau über die Hinrichtung Casements nicht hervor, ob Casement gehängt oder, wie zuerst gemeldet wurde, erschossen worden ist.

Zur englischen Regierungskrise.

Rotterdam, 3. August. (W. T. B.) Nach einem Telegramm des Nieuwe Rotterdamchen Courant aus London schreibt der Londoner Korrespondent des Manchester Guardian seinem Blatte unter dem 2. August, daß Asquith im Unterhause einiges Aufsehen erregte, als er sagte, er wisse nicht, wer in der nächsten Session für die Arbeitsteilung des Hauses verantwortlich sein werde. Die Bemerkung hätte vielleicht kaum mehr als vorübergehende Verwunderung erregt, wenn nicht gestern (Mittwoch) abend eine Nachrichtenagentur eine, wie verlautet, von maßgebender Stelle stammende Erklärung verbreitet hätte, daß der Bemerkung Asquiths keine weitere Bedeutung beizumessen sei. Allein die Tatsache, daß eine derartige Erklärung verbreitet wurde, gibt nach dem Korrespondenten des Manchester Guardian der ursprünglichen Bemerkung Asquiths schon Bedeutung. Viele mächtige Beurteiler der parlamentarischen Lage halten eine Rekonstruktion der Regierung für sehr wahrscheinlich und nahe bevorstehend. Wenn es dazu kommt, wird auch ein neuer Premierminister kommen müssen. In den letzten zwei Wochen hat Asquiths Ansehen sehr gelitten. In den letzten Tagen hat die Regierung eine Reihe von Niederlagen erlitten, und außerdem hat die irische Frage Asquith in eine schwierige Lage gebracht. Man kann nicht vermuten, wie die Rekonstruktion des Kabinetts aussehen wird. Wenn Asquith zurückträte, könnte nur ein Liberaler sein Nachfolger werden, und der einzig mögliche Liberaler wäre Lloyd George. Es steht außer Zweifel, daß Carson wieder ins Kabinett aufgenommen werden wird, vermutlich als Nachfolger Lloyd Georges als Staatssekretär für den Krieg.

Asquith über die Pariser Wirtschaftskonferenz.

London, 3. August. (W. T. B.) Neutermeldung. Unterhaus. Asquith eröffnete gestern die Debatte über die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz mit einer Rede, in der er sagte: Der Zweck der Beteiligung Englands an der Konferenz war erstens, den Feind zu überzeugen, daß die Alliierten entschlossen sind, den Krieg mit voller Einigkeit zu führen, auf dem wirtschaftlichen ebenso wie auf dem militärischen Boden; zweitens, Vorbereitungen für die Zeit nach dem Friedensschluß in anbetracht der belannten Haltung Deutschlands zu treffen. Deutschland wird fortmachen, nach dem Kriege von demselben Geist befeuert zu sein, und organisiert bereits seine Industrie für einen Angriff auf die Märkte der Alliierten sowie für einen kräftigen und wenn möglich siegreichen Angriff auf die Märkte der Neutralen. Es sei eine wesentliche Friedensbedingung, fuhr Asquith fort, daß Belgien, Serbien, die besetzten Teile Frankreichs und Polen materiell und wirtschaftlich wiederhergestellt würden. Asquith betonte, es sei aber jedem einzelnen unter den Alliierten anheim gestellt worden, die Politik zur Durchführung der Beschlüsse der Konferenz auszuarbeiten. Diese Beschlüsse seien nicht gegen die Neutralen gerichtet. Inzwischen sei aber in neutralen Ländern, namentlich in Amerika, die Besürchtung entstanden, daß die Beschlüsse gegen die Neutralen gerichtet seien. Das sei nicht der Fall. Sie saften bloß die notwendigen Selbstverteidigungsmaßnahmen gegen einen wirtschaftlichen Überfall ins Auge, der die Lebensinteressen der Alliierten bedrohe, aber bei der Durchführung dieser Maßregeln werde alle Anstrengung gemacht werden, um zu verhindern, daß die Neutralen darunter litten.

Eine Botschaft Poincarés an die Armeen.

Paris, 3. August. (Z. N.) Gavas meldet aus Paris: Anlässlich des zweiten Jahrestages des Kriegsbeginns veröffentlicht das Armeebulletin eine Botschaft Poincarés an die Armeen. Der Präsident ruft den Angriff der Feinde in Erinnerung, die fälschlich behaupteten, daß sie provoziert worden seien. Hierauf rühmt er die Haltung des französischen Volkes, das sich im Zustande einer rechtmäßigen Verteidigung befinde und die Union stets aufrecht erhalte, die die Bedingung für den Sieg sei und die in der Parlamentssession vom 4. August 1914 eine grandiose Weihe empfangen habe. Der Krieg sei unverzüglich ein nationaler Krieg in des Wortes ganzer Bedeutung geworden. Der Präsident spricht dann von den Anzeichen des Sieges. Eure Geduld und eure Tapferkeit haben während langer Monate den Druck der deutschen Armeen ausgehalten. Ihr habt Frankreich erlaubt, seine Kuchrührung mit Kriegsmaterial zu organisieren, Belgien und Serbien ihre Armeen zu rekonstruieren. Ihr habt England Zeit verschafft, seine bewundernswerten Divisionen zu bilden, die gegenwärtig an eurer Seite zu kämpfen. Ihr habt Rußland dazu verholfen, sich mit Gewehren und Kanonen zu versehen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 3. August 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der Somme ließ das starke feindliche Vorbereitungsfeuer zwischen dem Auce-Bach und der Somme einen großen, entscheidenden Angriff erwarten. Infolge unseres Sperrfeuers ist es nur zu zeitlich und räumlich getrennten, aber schweren Kämpfen gekommen. Westwärts der Straße Bapaume-Albert und östlich des Trones-Waldes sind starke englische Angriffe zusammengebrochen. Zwischen Maupas und der Somme wiederholte sich der französische Ansturm bis zu sieben Malen. In zähem Ringen sind unsere Truppen Herren ihrer Stellung geblieben, nur in das Gehöft Monacu und in einen Grabenteil nördlich davon ist der Gegner eingedrungen.

Südlich der Somme wurden bei Barleux und bei Estrées französische Vorstöße abgewiesen.

Nachts der Maas setzte der Feind gegen den Pfefferrücken und auf breiter Front vom Werk Thianmont bis nördlich des Werkes Lanfée starke Kräfte zum Angriff an. Er hat auf dem Westteil des Pfefferrückens und südwestlich von Fleury in Teilen unserer vordersten Linie Fuß gefaßt und im Lanfée-Waldchen vorgeführte verlorne Grabenstücke wiedergewonnen. Am Werk Thianmont und südöstlich von Fleury wurde der Gegner glatt abgewiesen, im Bergwalde nach vorübergehendem Einbruch durch Gegenstoß unter großen Verlusten für ihn geworfen.

Bei feindlichen Bombenangriffen auf belgische Städte wurden unter anderen in Weirebese (südlich von Gent) 18 Einwohner, darunter 9 Frauen und Kinder, getötet oder schwer verletzt. Unsere Flieger griffen die feindlichen Geschwader an und zwangen sie zur Umkehr. Eins von ihnen wich über holländisches Gebiet aus. Im Luftkampf wurde ein englischer Doppeldecker südlich von Roulers und ein feindliches Flugzeug, das 13. des Leutnants Wintgens, südöstlich von Peronne abgeschossen. Durch Abwehrfeuer wurde je ein feindlicher Flieger bei Boefinghe und nördlich von Arras heruntergeholt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Auf dem Nordteil der Front keine besonderen Ereignisse. Russische Vorstöße beiderseits des Nobel-Sees sind gescheitert; ein starker Angriff brach südwestlich von Lubieszow zusammen.

An der Bahn Kowel-Sarny vorgehende feindliche Schützenlinien wurden durch unser Feuer vertrieben. Im Walde bei Ostrow (nördlich von Kifelin) wurden über 100 Gefangene eingebracht.

Beiderseits der Bahn bei Brody anscheinend geplante feindliche Angriffe kamen nur gegen Poritowica zur Durchführung und wurden abgewiesen.

Im übrigen herrschte auf der Front geringere Geschäftigkeit.

Bei Torozyn wurden russische Flugzeuge abgeschossen.

Armeen des Generals Grafen v. Bothmer südwestlich von Wleśniow wurden kleine Russenfeuer gefäubert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Seeresleitung.

Neuer Zeppelinangriff gegen England.

Amlich. Berlin, 3. August. (W. Z. B.) In der Nacht vom 2. zum 3. August hat wiederum eine größere Zahl unserer Marine-Luftschiffe die südöstlichen Grafschaften Englands angegriffen und besonders London, den Flottenstützpunkt Harwich, Bahnanlagen und militärisch wichtige Industrieanlagen in der Grafschaft Norfolk mit einer großen Zahl Spreng- und Brandbomben mit gutem Erfolg belegt. Die Luftschiffe wurden auf dem Rückmarsch von feindlichen leichten Streitkräften und Flugzeugen angegriffen, beim Angriff selbst von zahlreichen Scheinwerfern beleuchtet und heftig beschossen. Sie sind sämtlich unbeschädigt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Amlich. Wien, 3. August. (W. Z. B.) Amlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Bei Wleśniow waren unsere Truppen eine feindliche Abteilung, die auf schmalen Frontstücken in unsere Gräben eingedrungen war, restlos wieder hinaus. Die Armeen des Generalobersten von Boehm-Ernold wies südöstlich und westlich von Brody Angriffsversuche zurück. Auch an der von Sarny nach Kowel führenden Bahn und am unteren Stochob scheiterten russische Vorstöße.

Sonst verhielt sich der Feind gestern wesentlich ruhiger, was vor allem seinen über jedes Maß hohen Verlusten zuschreiben sein mag.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei erfolgreichen kleineren Unternehmungen wurden gestern im Borcola-Abchnitt einhundertvierzig Italiener, darunter zwei Offiziere, gefangen, zwei Maschinengewehre erbeutet. Auf den Höhen südwestlich von Cavoggin wurden am 1. August wieder zwei italienische Bataillone unter den schwersten Verlusten zurückgeschlagen.

Sonst keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Quefer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Eine Gruppe unserer Torpedofahrzeuge hat am 2. August morgens militärische Objekte in Wliffetta beschossen; ein Flugzeughangar wurde demoliert, eine Fabrik in Brand geschossen, eine beschädigt; bei der Rückkehr hatten diese Torpedofahrzeuge und der zu ihnen gestohrene Kreuzer „Adern“ ein kurzes Feuergefecht mit einer aus einem Kreuzer und sechs Zerstörern bestehenden feindlichen Abteilung. Nachdem unsererseits Treffer erzielt worden waren, wendeten die feindlichen Einheiten nach Süden ab und verschwanden; unsere Einheiten kehrten unversehrt zurück. In den Morgenstunden desselben Tages wurden fünf feindliche Landflugzeuge, welche über Durz (Durazzo) Bomben abgeworfen hatten, ohne irgend einen Schaden anzurichten, von den dort sofort aufgestellten Seeflugzeugen verfolgt; eines der feindlichen Flugzeuge wurde einige Seemeilen südlich Durz (Durazzo) durch eines unserer Seeflugzeuge (Führer: Seeführer v. Friß; Beobachter: Seeführer Semera) zum Absturz gebracht und, nur leicht beschädigt, erbeutet. Von den beiden Insassen, welche die Flucht ergriffen hatten, wurde später ein Offizier von unseren Truppen gefangen.

Torpedofahrzeug „Magnet“ wurde am 2. August vormittags von einem feindlichen Unterseeboot anlänciert und durch einen Torpedotreffer am Heck beschädigt; hierbei wurden zwei Mann getötet, vier verwundet; sieben Mann werden vermisst. Das Fahrzeug wurde in den Hafen eingebracht.

Flottenkommando.

Heute beginnen die Alliierten die Frucht Eurer Ausdauer zu pflücken. Der Kampf ist allerdings noch nicht beendet, er wird noch hart sein und wir alle müssen fortfahren, ohne Unterbrechung mit Leidenschaft und Feuer zu arbeiten. Aber bereits offenbart sich die Ueberlegenheit der Alliierten allen Augen.“ Der Präsident schließt mit der Bemerkung, daß sich die Schicksalsschwaige nach langem Hin- und Hergehen entschieden auf die Seite der Entente neigt.

Joffres Tagesbefehl.

Paris, 3. August. (Z. N.) Gavas meldet aus Paris: Das Armeebulletin veröffentlicht folgenden Tagesbefehl des Generalissimus: Soldaten der Republik! Euer drittes Kriegsjahr beginnt. Seit zwei Jahren trägt Ihr ohne Schwach zu werden, das Gewicht eines durchgehenden Kampfes. Ihr habt alle Pläne unserer Feinde zum Scheitern gebracht. Ihr habt die Feinde an der Maas besiegelt, Ihr habt sie an der Aisne aufgehalten und sie im Artois und in der Champagne geschlagen, während sie vergeblich den Sieg in den Ebenen von Flandern suchten. Dann hat Euer heldenhafter Widerstand in der Schlacht von Verdun während fünf Monaten die deutschen Anstrengungen gebrochen. Dank Eurer Tapferkeit und Hartnäckigkeit konnten die Armeen unserer Alliierten die Waffen schmieden, deren Gewalt heute unser Feind an allen Fronten spürt. Der Augenblick ist nahe, wo die deutsche Militärmacht unter unserem gemeinsamen Druck zusammenbrechen wird. Soldaten Frankreichs! Ihr könnt auf das Werk, das Ihr bereits vollbracht habt, stolz sein, Ihr seid entschlossen, es bis zum Ende durchzuführen. Der Sieg ist Euch gesichert.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 3. August. (W. Z. B.) Amlicher Bericht von Mittwoch nachmittags. Nördlich von der Somme nahmen die Franzosen ein stark besetztes Werk zwischen dem Gehöft von Hem und dem Gehöft Monacu. Südlich von dem Flusse besetzten die Franzosen einen feindlichen Graben nordwestlich von Denicourt und machten Gefangene. In der Champagne westlich von Aubérive griff eine russische Erkundungsabteilung mit dem Colonel eine deutsche Abteilung an, die zerstreut wurde und tote auf dem Gelände hinterließ. Auf dem rechten Ufer der Maas hielt der Kampf an; er war im Laufe der Nacht beständig an der Front Vaug-Chatre-De Chenois und breitete sich in östlicher Richtung bis in die Gegend südlich von Damsow aus. Nach einer Reihe erfolgloser Angriffe, darunter einiger mit erstickenden Gasen, erzwangen die Deutschen etwas Gelände in den Wäldchen von Vaug, Chatre und De Chenois. Andere Angriffsversuche an anderen Stellen wurden im Feuer angehalten. Die Deutschen erlitten beträchtliche Verluste. Die Franzosen machten etwa hundert Gefangene, darunter drei Offiziere.

Flugwesen: An der Somme-Front waren die französischen Jagdflugzeuge tätig; sie lieferten gestern 33 Gefechte, schossen einen Gegner ab und zwangen 14 andere, die ernstlich getroffen waren, Hals über Kopf in ihren Linien zu landen.

Paris, 3. August. (W. Z. B.) Amlicher Bericht von Mittwoch abend. Nördlich der Somme im Laufe des Tages

keine Infanterieunternehmung. Nach neuen Einzelheiten befanden sich in dem von uns zwischen dem Walde von Hem und dem Gehöft von Monacu genommenen besetzten Werke etwa 100 tote Deutsche. Bisher haben wir in diesem Werke vier Maschinengewehre erbeutet. Südlich der Somme wurden zwei vom Feinde versuchte Gegenangriffe auf den von uns nordwestlich von Denicourt eroberten Graben abgeschlagen. Auf dem linken Ufer der Maas Beschießung unserer zweiten Linien südlich vom „Toten Mann“ mit Granaten schwerer Kaliber. Auf dem rechten Ufer führten wir mehrere gestaffelte Angriffe aus von der Maas bis südlich von Fleury, im Walde unmittelbar östlich von Vacherauville, westlich und südlich vom Werke Thianmont sowie in der Schlucht südlich von Fleury. Unsere Truppen nahmen mehrere deutsche Gräben und eingerichtete Stützpunkte. Bei diesen Unternehmungen machten wir ungefähr 600 Gefangene und erbeuteten 10 Maschinengewehre. Ein feindlicher Gegenangriff in der Gegend von Vacherauville wurde mit Handgranaten abgeschlagen. In den Abchnitten von Vaug, Chatre und Chenois dauert die Beschießung heftig an.

Die englische Meldung.

London, 3. August. (W. Z. B.) Amlicher Bericht von Mittwoch abend. Die Lage ist unverändert. Die feindliche Artillerie war im Wäldchen von Trones tätig. Sonst war der Tag verhältnismäßig ruhig. Unsere Artillerie zerstörte nach 24stündigem Zusammenwirken mit dem Fliegerkorps sieben Geschützstellungen und sechs Munitionslager nahe bei Grandcourt und Geschützstellungen an anderen Frontteilen. Wenige feindliche Flugzeuge überflogen unsere Linien eine kurze Strecke und wurden rasch zurückgetrieben. Ein Flugzeug stürzte ab, ein zweites wurde beschädigt. Der Feind scheint darauf bedacht zu sein, einen Luftkampf zu vermeiden.

London, 3. August. (W. Z. B.) Amlicher Bericht des Generals Haig. Westlich von Polidres sind wir weiter vorgegangen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 3. August. (W. Z. B.) Amlicher Bericht nachmittags vom 2. August 1916.

Westfront: An einigen Stellen Artillerie- und Infanteriefeuer. Versuche schwacher feindlicher Abteilungen, unsere Linien anzugreifen, wurden sämtlich durch unser Feuer abgewiesen. Ein feindliches Flugzeug wurde bei Ufisch (18 Kilometer westlich Luck) an der Chaussee Wladimir-Wolgynsk-Luck einen Verwundeten transport mit Bomben, wobei wiederum mehr als 20 Mann getötet oder verwundet wurden, und das Divisions-Lazarett in Ufisch, wo ein Krankenwärter getötet und andere verwundet wurden.

Kaukasus: Unter Vornarsch wird weiter fortgesetzt.

Petersburg, 3. August. (W. Z. B.) Amlicher Bericht vom 2. August abend.

Westfront und Kaukasus: Die Lage ist unverändert.

Unverminderte Stärke der Schlachten.

Von Richard Gädke.

Die letzte Julinacht ist dadurch gekennzeichnet, daß die Kämpfe in Ost und West mit neuer Wut entbrannt sind. Von beiden Seiten haben die Gegner neue Kräfte herangeführt, um ihre Angriffe in größtem Maßstabe wieder aufzunehmen. Ihre Absicht, durch die unverminderte Kraft ihrer Anstrengungen die Fronten der verbündeten Mittelmächte doch noch zu durchstoßen und in diesem sommerlichen Ringen eine endgültige Entscheidung herbeizuführen, ist noch nicht aufgegeben. Auch durch gelegentliche Stimmungsberichte, die aus dem gegnerischen Lager zu uns gelangen, darf man sich daran nicht irre machen lassen, daß der Siegedwille der feindlichen Heeresleitungen keineswegs gebrochen ist. Sie glauben nunmehr die Vorhand des Spiels an sich gerissen, unsere Heere auf allen Seiten in die Hinterhand gedrängt, ihre Entscheidungsfreiheit eingeschränkt und ihnen die Möglichkeit genommen zu haben, durch Hinüberwerfen von Massen aus der einen nach der anderen Front, auf einer Seite noch einmal zum Angriff großen Stils vorzudringen zu können, wie es im Mai 1915 in Gallizien, Ende September gegen Serbien, im Frühjahr gegen Verdun und im Mai an der italienischen Grenze geschah. Aber auch auf unserer Seite hat sich der Widerstand überall verstärkt, die Ankunft türkischer Truppen in Gallizien ist in Aussicht gestellt worden. Ueber deren Zahl geräht man sich im feindlichen Lager gegenwärtig die Köpfe. Inzwischen ist die Ankunft eines türkischen Generals mit größerem Gefolge in Krakau gemeldet, das tatsächliche Eingreifen türkischer Truppen in die Kämpfe aber noch nicht mitgeteilt worden. Der Verlauf der Schlachten in diesen acht Tagen war im allgemeinen günstig für unsere Waffen, wenn den Russen im Osten auch noch ein weiteres Vorwärtsschieben ihrer Linien und die Besetzung der österreichischen Stadt Brody gegliedert ist.

Im Westen haben besonders die Engländer mit großer Entschlossenheit und unter Einsatz erheblicher Kräfte ihren hartnäckigen Sturm gegen unsere Linie wieder aufgenommen, um die Weste zu erweitern, die sie von südlich Nieuport bis Hardecourt in einer Breite von 15 Kilometer während der ersten drei Wochen der Schlacht in sie geschlagen hatten. Zweimal während der Woche setzten sie zum entscheidenden Stoße an, das erstemal im geschlossenen Zusammengehen mit den rechts von ihnen zu beiden Seiten der Somme stürmenden Franzosen. Das war am 24. Juli. Der einzige größere Erfolg bestand darin, daß sie Bogieres auf ihrem linken Flügel in ganzer Ausdehnung gegen die Gegenangriffe der Deutschen behaupteten und einen Teil von Longueval und dem Delville-Walde im Zentrum hielten. Die wesentliche Absicht war nicht erreicht, die Verluste waren sehr schwer und so folgten denn erst wieder mehrere Tage Trommelfeuer. Erst am Nachmittag des 27. Juli versuchten sie wieder starke Einzelangriffe, die nirgends zu einem Erfolge führten, nach der deutschen Weidung auch nicht in Longueval und im Delville-Walde. Der englische Bericht behauptet allerdings über diese beiden Punkte das Gegenteil. In jedem Falle überzeugte sich ihre Leitung, daß sie auf diesem Wege nicht zu einem entscheidenden Siege gelangen würde, und sie wandte sich von neuem der Vorbereitung durch ein mehrtägiges Trommelfeuer zu.

Lloyd George hat seinen Landknechten zugerufen, daß der Sieg in erster Linie durch die unerhöfliche Waffe der zur Verfügung stehenden Munition verbürgt sei. Danach haben die Engländer gehandelt und für ihren großen Angriff ungewöhnliche Massen schwerer und schwerer Geschütze bereitgestellt. Diesen hat es während der vierwöchigen Kämpfe bisher in keinem Augenblicke an Schießbedarf gefehlt. Industrie und Technik haben dem gewünschten Siege offenbar in trefflicher Weise vorgearbeitet; der Verzicht der englischen Arbeiter auf alle Feiertage hat sich bewährt. Die Heilmittelkämpfer haben alles geleistet, was bei ihnen stand, den deutschen Widerstand unter einer Blut verdensender Riesenblöße zu erschmettern.

Aber Lloyd George hat unrecht. So richtig es ist, daß ohne die vernichtende, ununterbrochene Arbeit der schweren Artillerie ein Angriff heututage unmöglich ist, so verbürgt sie doch noch nicht den Sieg — sie müßte denn bauernd der feindlichen Artillerie derart überlegen sein, daß diese zur Ohnmacht verurteilt wäre. Aber die Feinde müßten sich überzeugen, daß auch die deutschen schweren Geschütze sich fortdauernd vermehren und daß das deutsche Maschinengewehr in der Hand geschulter und leistungsfähiger Soldaten das Schlachtfeld beherrsche. So war es schließlich die Seele des deutschen Mannes, die sich in diesen verzweifeltsten Kämpfen siegreich behauptete.

Erst am 30. Juli glaubte der Gegner soweit zu sein, daß er einen neuen allgemeinen Sturm in der Mitte seiner Front von Longueval bis zur Somme wagen konnte. Sechs Divisionen löste er hierzu in einseitiger Handlung zusammen und unterstützte diese des Abends durch Angriffe seines linken Flügels, für die er drei weitere Divisionen einsetzte. Südlich der Somme scheinen die Franzosen, die dort in der ersten Zeit ihre ganze Kräfte rücksichtslos in den Angriff geworfen hatten, vorläufig ermattet zu sein.

Der großgedachte Angriff scheiterte auch diesmal. „Keinen Fuß Boden hat er gewonnen“, sagt der Bericht des Großen Hauptquartiers. Das ist so blühend, daß daneben kein Zweifel bestehen kann, auch wenn die Franzosen nordöstlich Hardecourt in unsere Gräben gedrungen zu sein behaupten. Sie sind eben wieder hinausgeworfen worden.

Auch die glückliche Abwehr kann natürlich ihrerseits das Ende der Kämpfe nicht herbeiführen, solange der Angreifer nicht Abstand nimmt oder nehmen muß, weil er seine Verluste nicht mehr ersetzen kann. Wir müssen also erwarten, daß das möderische Ringen weiter gehen wird.

Vor Verdun hat in den letzten acht Tagen wenig Tätigkeit geherrscht; sie beschränkte sich auf Geschützlämpfe und vergebliche kleinere Vorstöße der Franzosen.

Im Osten vollzieht sich die Kampfhandlung in weit größerem Maßstabe als im Westen. Wenn man oft sagen hört, daß die Entscheidung des Krieges im Westen liegt, so halte ich das für falsch. Die Entscheidung fällt dort, wo ein so durchgehender Sieg erfochten wird, daß der geschlagene Gegner für absehbare Zeit außer Tätigkeit gesetzt wird oder das Spiel endgültig verloren gibt. Rängen die verbündeten Mittelmächte dazu, gleichgültig auf welcher Front, einen solchen Sieg zu erringen, dann wäre das Spiel für alle unsere Gegner aus. Denn unserer vereinigten Macht kann keine ihrer getrennten Heeren widerstehen. Das gleiche ist freilich auch umgekehrt der Fall; ein entscheidender Sieg Russlands würde die Bagdad-Linie dauernd zu unseren Ungunsten in die Höhe schnellen.

Er ist weit davon entfernt, obwohl er seine Strategie des rücksichtslosen Masseneinsatzes russischen Lebens nach kurzer Pause erneuert und, wie bereits erwähnt, auch einige Erfolge errungen hat. Die um die Mitte des Juli wieder begonnene Angriffsbewegung hat vom 25. Juli an ihre größte Kraft gewonnen und bisher behauptet. Hier setzten auf einer Front, die sich allmählich von nördlich Stobychowa bis zum Wolburla-Rißchen nördlich Brody auf 135 Kilometer erstreckte, die drei russischen Armeen Leisch, Kaledine und Sacharow zum einheitlichen Angriff gegen unsere Linien an. Vom 29. Juli an trat auch südlich des Dnjeß die Armee Leschinski zu neuem Angriff in westlicher Richtung an, während der äußerste linke Flügel an den Karpathen nur mit kleineren Abteilungen gelegentlich vorrückte. Die Russen blieben also der Strategie treu, die sie vom Beginn ihrer Bewegung angenommen hatten, mit ihren Flügelarmen den Massenstoß zu machen, hier durchzubrechen und die Mitte der verbündeten Kampffront mit Umfassung zu bedrohen. Immerhin haben sie auch gegen diese durch ihre Armeen Schicksalhaftem Angriffen richten lassen, um sie festzuhalten und die Unterstützung der angegriffenen Flügel von hier aus zu verhindern.

Dem Angriff ihres rechten Flügels gaben sie wie bisher so auch in den letzten acht Tagen eine besondere Stärke durch eine Demonstration größten Maßstabes gegen die Heeresgruppe Prinz Leopold nördlich der Rippesjümpfe, die sich übrigens wiederholt zu sehr dichten und blutigen Massenstürmen auswuchs, so auch wieder am 25., 26. und 27. Juli. Der 29. und 30. sah nach dem völligen Scheitern jener Angriffe dann noch kleinere Versuche.

Die Anstrengungen des russischen linken Flügels blieben ebenso unfruchtbar, während es dem rechten südlich der Finster Sumpfe gelang, die verbündeten Truppen von dem weiter vordringenden Stoch-Anie zwischen Kaszowla und Janowka zu verdrängen (29. Juli), nachdem sie durch eine Reihe von Gefechten am 25., 26., 27. Juli weiter südlich die Slonowka und Wolburka-Linie genommen und schließlich Brody besetzt hatten. Westlich Luft hingegen haben sie nicht wesentlich an Boden gewonnen, sind vielmehr durch eine Reihe von Gegenangriffen an einzelnen Stellen zurückgeworfen worden. Eine Entscheidung ist noch nirgends gefallen; wie im Westen geht auch hier der Kampf weiter. (2)

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 2. August. (W. L. V.) Amtlicher Bericht. Die neuesten Meldungen über den Kampf am 31. Juli abends im Asciatore geben ein Bild von der schweren Niederlage, die der Feind erlitten hat. Nach einer heftigen Beschließung unserer ganzen Front zwischen dem Tovo- und dem Asciatore richtete der Feind verschiedene Angriffe gegen den Monte Scluggio und Piro di Castellote. Ein Angriff auf den Monte Cino wurde, obwohl mit bedeutenden Kräften unternommen, an allen Stellen unter sehr schweren Verlusten abgelehnt. Im Tolanogebiet erneuerte der Feind gestern seine erfolglosen Anstrengungen gegen unsere Stellung am Ferellawalbe. Seine Artillerie eröffnete Feuer auf Cortina d'Anpezzo. Unsere großkalibrigen Geschütze antworteten darauf durch Beschließung von Ortisale im Dronale. Im oberen Degonale schloß die feindliche Artillerie Brandbomben auf Forni und Avoltri. Die untere antwortete durch Zerstörung eines Teils der Ortschaft Mauhen im Gailate. Nachdem am 27. Juli feindliche Flugzeuge ohne militärische Notwendigkeit unsere offenen Städte am unteren Adriatischen Meere bombardiert hatten, hat gestern vormittag ein Geschwader unserer Caproniflieger am Golf von Plume die Whiteheadfabrik für Torpedos und Unterseeboote drei Kilometer westlich von der Stadt bombardiert. Trotz heftiger Beschließung durch Abwehrgeschütze und des Eintreffens zahlreicher feindlicher Flugzeuge haben unsere Jäger vier Tonnen von hochexplosiven Stoffen auf ihr Ziel geschleudert und große Verwüstungen und zahlreiche Brände verursacht. In den Luftkämpfen wurde ein feindliches Flugzeug am Fuß des Ruggia abgeschossen. Einer unserer Caproniflugzeuge wurde gesehen, als es bei Bolosca landete. Die übrigen sind unversehrt zurückgekehrt. Cadorna.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 3. August. (W. L. V.) Hauptquartiersbericht vom 2. August.

An der Front keine Veränderung.
An der persischen Front erreichten unsere Truppen auf der Verfolgung der aus der Ortschaft Saziz geflüchteten russischen Truppen die Ortschaft Vuquan nördlich von Saziz.
An der Kaukasusfront in den Abschnitten von Wittis und Musch schwache örtliche Feuerkämpfe. Vom Feinde seit fünf Tagen mit sieben Regimentern Infanterie, vier Regimentern Kavallerie und über 30 Kanonen und Haubitzen hartnäckig ausgeführte Angriffe gegen unsere vorgeschobenen Stellungen, die einen nach Nordosten gerichteten Vorsprung im Abschnitte von Dgnott bilden und von einer ganz geringen Streitmacht verteidigt wurden, wurden blutig abgeschlagen. Der Feind hatte während dieses Kampfes über 3000 Tote. Unsere Verluste sind verhältnismäßig sehr gering.
Am 1. August morgens griff der Feind mit herangeführten Verstärkungen nach einer siebenstündigen Beschließung von neuem diese Stellungen an und erlitt wiederum außerordentliche Verluste. Unsere vorgeschobene Abteilung wurde, da ihre Anwesenheit in dieser Stellung für nutzlos gehalten wurde, in ihre ein wenig rückwärts gelegenen Stellungen zurückgezogen. Im Zentrum und auf dem linken Flügel an der Küste keine bedeutende Kampfhandlung. Die vom Feinde entfaltete Tätigkeit, um namentlich nach Westen von Erzindjan vorzurücken, war vollständig fruchtlos. Die Ortschaft Kaleburnu westlich von Volathans wurde vom Feinde besetzt.

Ein russisches Flugzeug wurde an der Küste des Schwarzen Meeres abgeschossen. Seine Insassen, ein Marineoffizier und ein Soldat wurden zu Gefangenen gemacht und das Flugzeug von uns erbeutet.
Am 30. Juli landeten östlich der Insel Samos an der Küste von Dipe Burun ungefähr 500 Räuber in verschiedenen Trachten unter dem Schutze feindlicher Kriegsschiffe. Aber angesichts unseres Widerstandes und unserer Angriffe konnten sie nicht vorrücken, sondern mußten zu ihren Landungsstellen zurückflüchten, wobei sie durch unser heftiges Feuer Verluste an Toten und Verwundeten erlitten.

In der Richtung nordwestlich von Kafia warfen unsere Flieger Bomben und griffen mit Maschinengewehrfeuer erfolgreich englische Stellungen und Lager bei Nummanie an der Küste und in Nummanie südlich von diesem Orte an.

Vor zwei Tagen beschossen ein Hilfskreuzer und ein bewaffnetes Transportschiff, die in dem Golf von Akaba einliefen, die Ortschaft und seine Umgebung und versuchten, Truppen zu landen, konnten aber infolge unseres Feuers nicht dazu gelangen und mußten sich zurückziehen. Die feindlichen Verluste bei diesen Zusammenstößen sind ernst.

Flugzeugangriff auf russische Flugstation.
Berlin, 3. August. Amtlich. (W. L. V.) Mehrere deutsche Wasserflugzeuge haben am 2. August früh erneut die russische Flugstation Krensburg angegriffen und mehrere Treffer in den dortigen Anlagen erzielt. Die zur Abwehr aufgestiegenen russischen Kampfflugzeuge wurden abgedrängt. Unsere Flugzeuge sind unversehrt zurückgekehrt.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 2. August. (W. L. V.) Neutermeldung. Die Besatzung des niederländischen Dampfers „Zeeland“ ist in South Shields angekommen. Die Leute berichten, daß das Schiff in der letzten Nacht auf der Nordsee durch Geschützfeuer eines Unterseebootes zum Sinken gebracht worden sei.
London, 3. August. (W. L. V.) Nachts meldet: Vor der Mündung der Tyne wurden die vier englischen Fischdampfer „Braconast“, „Titania“, „Rhodessa“ und „Helvetia“ durch deutsche Unterseeboote in der Nordsee versenkt. Die Besatzungen wurden gerettet und in England gelandet.

Englische Darstellung des Luftschiffangriffs.

London, 3. August, 1.30 Uhr morgens. (W. L. V.) Amtlich. Eine Anzahl von Luftschiffen passierte um Mitternacht die Ostküste. Ihr Ziel ist noch nicht festgestellt, da der Angriff noch im Gange ist. An verschiedenen Orten wurden Bomben abgeworfen. — Amtliche Meldung von 3.20 morgens. Es haben offenbar sechs bis sieben Luftschiffe an dem Angriff teilgenommen. In den östlichen und süd-

östlichen Grafschaften wurde eine beträchtliche Zahl von Bomben abgeworfen. Es liegen keine bestimmten Nachrichten vor und es wurde kein militärischer Schaden gemeldet. Viele Abwehrkanonen waren in Tätigkeit. Wie gemeldet wird, wurde mindestens ein Luftschiff getroffen.

Zur Abreise der „Deutschland“.

Washington, 3. August. (W. L. V.) Neutermeldung. Der Schlepptanker „Limind“ teilt mit, daß die „Deutschland“ gestern um 8.30 Uhr die Vorgebirge von Virginien passierte.

Die russische Antwort in Sachen der Verletzung der schwedischen Neutralität.

Stockholm, 3. August. (W. L. V.) Meldung der Schwedischen Telegraphenagentur. Die Antwort der russischen Regierung auf den schwedischen Protest gegen die Ausbringung der deutschen Dampfer „Lissabon“ und „Worms“ ist jetzt eingegangen.

Durch die vor Abgang des Protestes vorgenommene Untersuchung ergab sich für die schwedische Regierung, daß die Schiffe in schwedischem Hoheitsgewässer gelandet worden sind. Von der „Worms“ ist das Rettungsboot ausgelegt worden, in dem 13 Mann das Ufer erreichten. Die Russen versuchten dies durch Karabinerschüsse zu verhindern; ob die Schüsse scharf und gegen das Rettungsboot gerichtet waren, ist nicht festgestellt worden. Die Befragung der „Lissabon“ hat in Rettungsbooten das Land erreicht. Dagegen wurden 27 Mann von der Befragung der „Worms“, darunter der Kapitän sowie auch der schwedische Lotse, von den Russen weggeführt.

Die russische Regierung hatte am 18. Juli mitgeteilt, daß ein Bericht des betreffenden Vorgesetzten eingeholt worden sei. In der jetzt vorliegenden Antwort wird jener Bericht angeführt, wonach die Ausbringung der Dampfer sowie die Verfolgung der Rettungsboote der „Lissabon“ außerhalb der Dreimeilegrenze stattgefunden hätten. Es wird jedoch die Möglichkeit eingeräumt, daß Vorentscheidungen in schwedischem Hoheitsgewässer niedergegangen wären. Es wird auch behauptet, daß die Befragungen der „Worms“ und der „Lissabon“ den Befehlen der russischen Fahrzeuge zu gehorchen sich geweigert, die Dampfessel entleert und die Maschine beschädigt hätten, was alles als Zeichen dafür angenommen wird, daß den Befragungen bewußt gewesen sei, sich außerhalb der schwedischen Hoheitsgrenze zu befinden. Die russische Regierung behauptet, daß Vorentscheidungen schwedisches Hoheitsgebiet getroffen hätten. Der Oberbefehlshaber der Ostseeflotte habe dem verantwortlichen Offizier einen Verweis erteilt und alle Offiziere der russischen Marine hätten den Befehl erhalten, jede Verletzung der Neutralität Schwedens zu vermeiden.

Nach dem Einreichen des Protestes hat die schwedische Regierung durch zwei Verhöre des von Russland heimgekehrten Lotse sowie durch die Zeugnisse des Leuchturmpersonals und des Lotsenpersonals an der Ausbringungsstelle sowie ferner des schwedischen Kapitäns Sonnevier, der sich an Bord der „Lissabon“ befand, erfahren, daß die Ausbringung der Dampfer innerhalb des schwedischen Hoheitsgebietes stattgefunden hat. Der Schriftwechsel in dieser Frage ist noch nicht beendet.

Betreffs der Torpedierung des Dampfers „Syrja“ und des Versuchs der Torpedierung der „Elbe“ ist eine befriedigende russische Antwort in den nächsten Tagen zu erwarten.

Die Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

Paris, 3. August. (W. L. V.) Nach einer belgischen Meldung soll in einem Gefecht auf dem Tanganika-See der deutsche Dampfer „Graf von Goeben“ gesunken sein.

Politische Uebersicht.

Ein symptomatischer Kommentar.

Nachdem, gleich nach dem Rücktritt Sasonows, die „Tägliche Rundschau“ ihrer Sehnsucht nach einem „Abbau“ des Weltkrieges durch eine Verständigung mit Russland Ausdruck verliehen, die bei der Herrschaft der Sozialpartei eher möglich sei, als bei einer „der Liberalen und Revolutionäre“, ähert sich nun auch Prof. Otto Hoeysh in seiner Wochenübersicht in der „Kreuz-Zeitung“ über den russischen Ministerwechsel in einer Weise, die den Gedankengängen des alldeutschen Blattes mindestens recht nahe kommt.

„Wenn Stürmer“, schreibt er, „gerade jetzt, mitten in der Offensive, Sasonow beseitigt und selbst die Zügel in die Hand nimmt, so kann er dies nur getan haben für eine ganz bestimmte politische Idee, für die er den Boden bereiten will und für deren Durchführung er dann zu gegebener Zeit einen Fachmann der auswärtigen Politik berufen, in der er nach seinem eigenen Wort ja nicht zu Hause ist. Wir führen nicht näher aus, welches diese politische Idee sein könnte, aber das ist ja klar, daß Stürmer England gegenüber freier dastehen, als Sasonow, der Bürge des Septemberabkommens. Stürmer ist nicht an die Besprechung von Neval und alles weitere gebunden, er ist nicht, wie wir bei seiner Ernennung schon hervorgehoben, ein Panlawist und Weltoberer, und wir sehen jetzt negativ im Sturze Sasonows jedenfalls das, daß er nicht zum Vorteil Englands erfolgte und nicht ein Werk des Panlawismus war. Im übrigen wollen wir abwarten, ob Sasonow seine bisherigen Gehilfen im Ministerium folgen und durch Leute der Gegenpartei, wie Schebeto, Tscharnow und Woinin, ersetzt werden oder nicht. Erst dann wird noch mehr über die Folgen dieses bedeutsamen Wechsels zu sagen sein, wobei die Warnung wohl nicht überflüssig ist, die Folgen dieser Kursänderung gleich allzu sehr zu überschätzen.“

Eine Bestätigung für die außenpolitische Orientierung Stürmers sieht Prof. Hoeysh auch in dem innerpolitischen Kulissenwechsel, soweit er in den Änderungen im Ministerkabinett zum Ausdruck gekommen ist.

„Diese Veränderungen im Kabinett wurden durch eine immer mächtiger werdende innerpolitische Strömung bestimmt, die andererseits wieder von ihnen beeinflusst wird. Im Reichstag hat sich eine große Gruppe von entschlossenen Agitatoren gebildet, und immer schärfer werden die gefährdeten Interessen der Landwirtschaft, des Großgrundbesitzes, vor allem in Südrussland, in den Vordergrund geschoben. Diese Kreise waren schon vor dem Kriege durch eine weit zurückliegende Entwicklung gefährdet, sie werden jetzt durch die Folgen des Krieges am schnellsten von allen Schichten Russlands dem Ruin zugegriffen. Darum setzen sie sich so entschlossen zur Wehr, in der Parteibildung, im Druck auf Stürmer, ja in offener Manifestation.“

Prof. Hoeysh führt den Satz aus einer solchen Manifestation russischer Agrarier an, daß man zwar bis zum Siege kämpfen, aber auch verstehen müsse, rechtzeitig aufzuhören, damit die Früchte der Siege nicht durch „aus-

brechende Unruhen“ vernichtet würden. Diese Andeutung ist überaus klar und sie erklärt nach der Ansicht Prof. Hoeyshs die Haltung, die Stürmer als Ministerpräsident und Minister des Aeußeren jetzt einnimmt:

„Er braucht freie Hand, und er will freie Hand haben, nach innen und nach außen, und er hat dafür das Vertrauen und die Zustimmung des Jaren. Er fürchtet nicht die Duma, er fürchtet noch weniger eine Revolution jetzt während des Krieges, er sieht, daß aus dem Kriege für Russland nichts herauskommen kann, daß seine weitere lange Dauer nur den Boden bereitet für die liberale Bewegung des Mittelstandes und der Intelligenz, in der er den Hauptfeind des Jaren und seines Vaterlandes sieht.“

In der Tat, ein interessanter und, wie uns dünkt, recht symptomatischer Kommentar! (2)

Die Kanzlerfronde an der Arbeit.

Herr von Bethmann Hollweg hat den kühnsten der „Piraten der öffentlichen Meinung“, seinen in mystischen Dunkel gehüllten Gegner in der Maske des „Junius alter“ mit seiner scharfen Reichstagsrede keineswegs totgeschlagen. Die von ihm verfaßte Gelehrtschrift wird vielmehr jetzt recht verbreitet. „Drei Deutsche“, die es ebenfalls vorziehen, ihren Namen zu verschweigen, sich aber dafür auf Hutten, Luther, Friedrich den Großen, Bismarck und Molke berufen, haben sie unter dem Titel „Deutsche Reichspolitik“ seit 14. Juli 1909 neu drucken lassen und schicken sie den Redaktionen und sicher auch vielen anderen Stellen zu. Ein Beweis, mit welcher Rücksichtslosigkeit und Ausdauer, aber auch mit welchem Aufwand von Mitteln die „Unertlichen“ ihre Bählarbeit gegen die heutige Leiter unserer Politik, die ihren Wünschen nicht weit genug entgegenkommen, fortsetzen.

Kriegsziele und Kommandogewalt.

Der Nationalauschuh hat mit seinen Veranstaltungen vom 1. August keine gute Presse. Von links und rechts her ist zum Teil recht herbe Kritik an seinen Ausgebungen gelbt worden. Berliner Volksgelung wie „Kreuzzeitung“ haben sich gegen sie gewandt. Die Presse der Rechten, der „Unentwegten“, ist natürlich besonders unwillig über mancherlei, was in den Versammlungen gesagt und gefordert wurde.

Eine Redeblüte aus dem Vortage von Vorträgen, mit denen die zahlungsfähigeren Kreise des Volkes am 1. August beglückt wurden, verdient noch besonders hervorgehoben zu werden. In Halle a. S. hat nach den „Berl. Neuesten Nachrichten“ der Geheimrat Arndt u. a. erklärt: „Das Volk hat über Kriegsziele gar nichts zu bestimmen. Das ist nach der Verfassung Sache der Kommandogewalt des Kaisers.“

Wir sind in der Lage, hier ausnahmsweise einmal dem rechtsstehenden Blatte zustimmen zu können, wenn es dazu bemerkt, daß dies eine „Neuorientierung“ politischer Freiheit und nationaler Unverantwortlichkeit sei, die „allerdings klassisch (im unerfreulichen Sinne) genannt werden muß“.

Gegen eine Neuorientierung.

In den Reden, die der Nationalauschuh am 1. August halten ließ, haben die „Kreuzzeitung“ am meisten einige Neuorientierungen aufgebracht, die, wenn auch noch so zart, die Notwendigkeit einer innerpolitischen Neuorientierung andeuten, sei es auch bloß, daß Harnack in Berlin einige Worte über die Wohnungsfrage, den Geburtenrückgang, das Bildungswesen und die künftige Wirtschaftsorganisation fallen ließ. „All das sind unserer Meinung nach“, so schreibt das Blatt, „Aufgaben, die uns nach dem Kriege zu beschäftigen haben“. Allenfalls will es geflatten, daß die nötigen Vorarbeiten dafür „innerhalb der Reichsreise“ und „bis zu einem gewissen Grade“ auch in der größeren Öffentlichkeit betrieben werden. „Aber zum Gegenstande der praktischen Politik sollte man die „Neuorientierung“ in jeder Hinsicht nicht machen, solange unsere ganze Kraft für die unmittelbaren Kriegsaufgaben in Anspruch genommen ist und in Anspruch genommen sein soll.“

Natürlich können nur Illusionisten glauben, daß nach dem Kriege die hinter der „Kreuzzeitung“ stehenden Kreise gewillt sein würden, eine sozialpolitische und demokratische Neuorientierung mitzumachen. Man will sie heute nicht und will sie in alle Zukunft nicht. Die Entrüstung über alle Andeutungen in dieser Richtung kann daran keinen Zweifel lassen.

Der Reichskommissar für die Uebergangswirtschaft.

Amtlich wird durch W. L. V. gemeldet:
Als leitendes und zusammenfassendes behördliches Organ für die organisatorischen Aufgaben der Beschaffung und Verteilung der Rohstoffe, deren die deutsche Volkswirtschaft beim Uebergang vom Kriegs- in den Friedenszustand in großen Mengen bedürfen wird, ist durch Verordnung des Bundesrats vom 3. August 1918 ein Reichskommissar für Uebergangswirtschaft bestellt worden. Die Ernennung des Reichskommissars erfolgt durch den Reichskanzler. Dem Reichskommissar werden Mitarbeiter — in erster Linie fachverständige Männer aus den beteiligten großen Interessentengruppen — und ein Beirat an die Seite gestellt, in dem der Staatssekretär des Innern den Vorsitz führt. Mitarbeiter und Beiratsmitglieder ernannt der Reichskanzler.

Damit der Reichskommissar sich einen ausreichenden Ueberblick über Rohstoffbedarf, Rohstoffvorräte und bereits erfolgte Ankäufe im Ausland beschaffen kann, ist eine allgemeine Verpflichtung eingeführt, ihm und seinen Beauftragten Versuche zu erteilen. Einsicht in Geschäftsbriefe und Geschäftsbücher zu gewähren sowie Besichtigungen in Lagern zu gestatten. Verweigerung der Erfüllung dieser Verpflichtungen ist mit Strafe bedroht; ebenso ist natürlich die Geheimhaltung der zur Kenntnis des Reichskommissars und seiner Mitarbeiter oder Beauftragten gelangten Einrichtungen oder Geschäftsverhältnisse durch Strafverfügungen gesichert.

Als Reichskommissar ist der hamburgische Senator Sthamer bestellt.

Aus dem Bundesrat.

Wolffs Bureau meldet unter dem 3. August: In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Bekanntmachung über die Bestellung eines Reichskommissars für Uebergangswirtschaft, der Entwurf einer Bekanntmachung über Weinsteuer und Traubenkerne, der Entwurf einer Bekanntmachung über Gummifauger und der Entwurf einer Bekanntmachung zum Schutze eiserner Gedenktafeln der Reichsbank.

Der Erklärung des Vorstandes des Kriegsernährungsamts hat sich ferner angeschlossen: Generalsverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland e. V. zu Berlin: Dr. Koiden, Egermann.

Chronik des Weltkrieges.

4. August 1914.

In der Kriegssitzung des Reichstages nimmt der Reichskanzler das Wort. In seiner Darstellung der Ereignisse, die zum Kriege geführt, erklärt er: „Rufland hat die Kriegsfahne ans Haus gelegt.“ Im Verlaufe seiner Rede teilt er mit, daß deutsche Truppen die belgische Grenze überschritten haben:

„Wir sind in der Notwehr, und Not kennt kein Gebot. Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht auch schon belgisches Gebiet betreten müssen. Das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange sie der Gegner respektiere. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten, wir aber nicht, und ein französischer Einfall in unsere Platte am Unterrhein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über die Proteste der luxemburgischen und belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist.“

Von den Parteien gab nur die sozialdemokratische Fraktion durch ihren Vorsitzenden Haase die Erklärung ab, daß sie die Kriegsgestirne in Höhe von 5 Milliarden bewillige. In der Erklärung hieß es:

„Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern das nicht nur im Interesse der von uns stets verfolgten internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes.“

Deutsch-amtlich wird gemeldet, daß kurz nach der Rede des Reichskanzlers der englische Botschafter Sir Edward Goschen im Reichstag erschienen sei, um von dem Staatssekretär v. Jagow die Versicherung zu verlangen, daß keine Verletzung der belgischen Neutralität stattfinden würde. Der Staatssekretär v. Jagow erwiderte, daß dies nicht möglich sei. Darauf sei abends der englische Botschafter im Auswärtigen Amt erschienen, um den Krieg zu erklären und seine Pässe zu fordern.

In der Nacht kommt es zu bedauerlichen Ausschreitungen vor dem englischen Botschaftspalais.

Der „Lokal-Anzeiger“ bringt eine Warnung vor unsinniger Spioniererei:

„Es sind neuerdings eine große Anzahl Fälle vorgekommen, in denen völlig harmlose Personen, lediglich auf den Verdacht hin, Spione zu sein, in der brutalsten Weise angegriffen und mißhandelt worden sind. Ein derartiges Verfahren verdient die schärfste Rüge.“

4. August 1915.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz wird auf der ganzen Front die Verfolgung der zurückgehenden russischen Truppen fortgesetzt.

Das tägliche Brot.

Aufhebung des Verfüterungsverbot für Frühkartoffeln.

Amtlich wird durch W. L. D. mitgeteilt: Durch Anordnung des Kriegsberührungsamts vom 2. August ist das bisher bestehende Verbot der Verfüterung von Frühkartoffeln aufgehoben.

Errichtung eines Kriegswucheramts.

Wolffs Telegraphenbureau meldet: Der Minister des Innern hat die Errichtung einer besonderen Zentralstelle zur Bekämpfung des Wuchers und sonstiger unlauterer Gebahrungen im Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs verfügt, die dem königlichen Polizeipräsidium in Berlin angegliedert wird und die Bezeichnung „Kriegswucheramt“ führt. Das Kriegswucheramt wird seine Tätigkeit am 15. August aufnehmen. Es soll mit den Polizeibehörden und den Behörden der Staatsanwaltschaft im ganzen Lande in rege Verbindung treten und namentlich auch auf ein enges Zusammenarbeiten zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten hinwirken. Daher werden ihm sowohl Verwaltungsbeamte wie auch Beamte der Staatsanwaltschaft zugeteilt. Die obere Leitung des Kriegswucheramts liegt in der Hand des Polizeipräsidenten von Berlin. Neben Beamten werden auch Sachverständige aus den verschiedenen Wirtschaftszweigen vom Minister des Innern zu ständigen Mitgliedern des Kriegswucheramts bestellt werden, damit in der wichtigen Tätigkeit des Kriegswucheramts auch die praktischen Erfahrungen anerkannter Sachverständiger gebührend zum Ausdruck kommen. Außerdem wird dem Kriegswucheramt, um eine ständige Fühlung mit den verschiedenen Erwerbszweigen und mit der Öffentlichkeit zu erhalten, ein beratender Ausschuß beigegeben, in den Vertreter des Handels, der Landwirtschaft, der Industrie, des Handwerks und der Verbraucher sowie im öffentlichen Leben stehende Männer durch den Minister des Innern berufen werden.

Das Kriegswucheramt soll die Bekämpfung des Kriegswuchers und ähnlicher Unlauterkeiten einheitlich leiten und möglichst wirksam gestalten. Namentlich hat es seine Aufmerksamkeit auf die Verfolgung von Ueberhöhrungen der Höchstpreise und übermäßigen Preissteigerungen, Zurückhaltung von Waren, Kettenhandel, den Schwindel mit Ersatzmitteln und weitere derartige Mißstände zu lenken. Seine Zuständigkeit erstreckt sich jedoch nur auf Gegenstände des täglichen Bedarfs, nämlich Lebens- und Futtermittel aller Art, rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, Waschmittel, Kleidung und Schuhwerk.

Der Minister des Innern hat dem Kriegswucheramt umfassende Befugnisse gegenüber den Polizeibehörden und den Preisprüfungsstellen beigelegt. Eine größere Zahl eigener Exekutivbeamter ermöglicht es dem Kriegswucheramt, in wichtigeren Wucherfällen ohne Zeitverlust Ermittlungen im ganzen Lande in Unterstützung der örtlichen Polizeibehörden anzustellen. Ueber das Zusammenwirken zwischen den Behörden der Staatsanwaltschaft und dem Kriegswucheramt hat der Justizminister nähere Anordnungen erlassen.

Allerlei Kartoffelnöte.

Von überallher kommen Meldungen von einem Ueberangebot von Kartoffeln; teilweise sind den Städten soziale Mengen zugeführt, daß große Vorräte verdorben sind oder doch dem Verderben ausgeht erscheinen. Augenscheinlich hatte die Tatsache, daß am 1. August der Erzeugerpreis für Kartoffeln um eine Mark herabfiel, bei den Landwirten einen wahren Wetteifer entfacht, möglichst noch vor diesem Termin alle irgendwie in Frage kommenden Kartoffeln auf den Markt zu bringen.

Angesichts der übergroßen Zufuhr ist es unverständlich, daß die Kartoffelpreise immer noch eine ganz ungerechtfertigte Höhe einhalten. Auch der Erzeugerpreis von 9 M., der seit dem 1. August in Kraft ist, muß herabgesetzt werden, und die aufgestapelten Kartoffelmengen gilt es zu Preisen zugänglich zu machen, die den Ankauf größerer Mengen allen Kreisen des Volkes gestatten.

Die Maßnahmen zur Regelung der Kartoffelversorgung erscheinen in jedem Falle wieder unzulänglich. Daß es dabei nicht nur an dem verstärkten Angebot durch die Landwirte liegt, scheint eine Zuschrift darzutun, die wir aus Köln erhalten. Darin heißt es:

„Köln hat eine ‚Kartoffelnöte‘ wegen zu großer und zu plötzlicher Anlieferung von Kartoffeln aus Sachsen. Die Kartoffeln kommen bei der Entfernung und großen Hitze zur Hälfte verdorben an. Zehntausende Zentner Kartoffeln verkaufen, und die Bewohner ganzer Stadtteile beschwerten sich über den Geruch. Die Stadt nimmt für die Kartoffeln 9 Pf. das Pfund und erklärt, mit dem Preise nicht heruntergehen zu können, da die Provinzialstelle in Sachsen auf ihrem hohen Preise von 9 M. beharre. Die rheinische Provinzialstelle gibt den Bauern nur 6—7 M. Niemand begreift, weshalb die Kartoffeln aus Sachsen kommen und unterwegs verderben müssen, wenn vor den Toren Kölns Kartoffeln in Hälfte und Fülle zu haben sind. Aber die Stadt ist von den zentralen Stellen gezwungen, aus Sachsen zu beziehen.“

Aus Groß-Berlin. Der Balkon.

Seit Jahr und Tag hatte unser Freund das große Berliner Wohnungselend mit den engen Höfen und den dumpfen Hinterwohnungen kennen gelernt, bis er es zu einer Wohnung mit Balkon gebracht hatte. Dann aber begeisterte er sich so, daß er sich zu einem wahren Hymnus auf den Balkon verließ. In dieser Begeisterung besang er förmlich den Balkon. Sein Singlied lautet:

Mein Stolz, meine Freude, mein Schmuckstückchen! Er ist nicht groß, nicht geräumig und geht nach hinten, auf Gärten und Vaustellen hinaus. Aber ich möchte ihn nicht missen, und ich kann mir nicht vorstellen, wie man dieses jämmerliche Dasein ertragen sollte, ohne einen Balkon zu haben. So spreche ich jetzt, ich Großfloh von Pankow, und dabei habe ich die meiste Zeit meines Lebens nicht über einen Balkon verfügt. Doch das vergesse ich heute gar leicht, weil ich so ein angelocktes Schwabbenest nur mein eigen nenne. Wie oft sitze ich allein auf diesem Vorsprung meiner Wohnung, des Morgens, wenn der Tag klar und hell am Himmel heraufzieht, nachmittags, wenn die Sonne nicht mehr im Zenith steht, wie auch in milder Sommernacht, wenn ringsum schon alles schläft und das Licht meiner roten Ampel wie ein kleiner Leuchtturm in die Finsternis hinaus blinzelt.

Es gibt Menschen, die auch einen Balkon haben, ihn aber kalt und tot liegen lassen, als Kumpelkammer oder zum Wäscheirodnen und Teppichklappen benutzen. Ich hasse, ich verachte solche Leute. Es sind trodene, poesielose Kreaturen, die mit bescheidenen Mitteln dem Leben keine Schönheiten abzurufen vermögen. Mein Balkon ist ein Gebiät, ein duftendes, leuchtendes, farbenfrohes Märchen! An jedem Morgen eröffnet er mir neue Wunder. Wenn ich hinausrete, umfächelt mich die frische Morgenluft, die Brust weitet sich, das Herz erfreut sich — in dieser schweren Zeit doppelt wertvoll. Und dann jense ich, was alles von zauberhaften Händen geschaffen worden ist. Ach, so vieles! Da sind rote, blaue, weiße, gelbe Lupfen entstanden, hier die Weinranke ist einen kleinen Sprung weitergegangen und hat sich liebevoll um einen Stab gewunden, hier sind Knospen aufgegangen, da Blüten und was sonst noch. Wer will, findet immer kleine Ueberraschungen. Man läßt ein winziges Tüpfelchen der Natur und erspäht ihre Geheimnisse, schließt interessiert in ihre wunderbare Werkstatt. Und dann heißt es auch gießen, die festgewordene Erde wieder lockern, Zweige festbinden, Ungeziefer abtöten und was dergleichen Arbeiten mehr sind, die einen immer beschäftigen und doch soviel Abwechslung und Freude bereiten. Nein, ich möchte ihn nicht missen, meinen Balkon, und ich bin förmlich verliebt in ihn. Der Kaffee — auch der „Kriegs“-Kaffee — schmeckt darauf so wundervoll, tausendmal besser als bei Josy, ich sitze in der frischen Luft, ohne Zwang und Belästigung, und brauche noch nicht einmal Tafelmusik zu entbehren, aus den Gärten, von den Dächern und Telegraphendrähten herab schallt es in mancherlei Weisen, daß es eine Lust ist.

Nein, ich liebe mir meinen Balkon, und Schlußes, was meine Freunde sind und in Reinickendorf wohnen, könnten mich zu einer gebratenen Feiebensgans einladen, ich würde nicht folgen, sondern äße lieber eine Käsestulle auf meinem Balkon.

Glücklicher Balkonbesitzer!

Der Ferienspielplatz im Kino.

Das war einmal wieder ein ganz besonderes Ferienbergnügen, als vorgestern auf dem jetzt täglich von rund 3000 Kindern besuchten prächtigen Ferienspielplatz im Treptower Plänterwald die „Tante aus Amerika“ mit der Sturkelmaschine anrückte, um die ganze kleine Gesellschaft zu filmen. Schnell hatten die Kinder erfährt, um was es sich handelte. Wie ein Lauffeuer pflanzte sich der Jubelruf fort: „Wir werden für den Rentpost ausgenommen!“ Unter der Oberleitung des Herrn Lehrer Siebert, der hier draußen schon sieben Sommerferien hindurch seine Berliner Jungen und Mädchen betreut, wurden die schönsten Gruppenspiele veranstaltet, um ein lebenswahreres Bild von dem herrlichen Treiben auf dem Ferienspielplatz zu geben. Aber nicht der geringste Zwang herrschte. Da brauchte man keine Schauspieler und Statisten, keine Proben, keine bestellte Arbeit. Was auf diesen ellenlangen Film kam, war unwüßliches Berliner Jugendleben, dem auch der Krieg nichts von seiner natürlichen Freude genommen hat. Die Kinotante war selbst überrascht, was für entzückende Bilder sie auf den Film brachte. Noch überraschter werden bald die Hunderttausende sein, die den Berliner Ferienspielplatz bisher nur vom Hörensagen kannten.

Vom Spielplatz ging es mit einem halben Hundert Mädchen nach dem nahegelegenen schönen „Kaiserbad“ an der Obersee, gegenüber der Abtei, wo ebenfalls fleißig nach der Natur gekurbelt wurde. Täglich baden hier etwa hundert Mädchen und zweihundert

Knaben. An jedem Spieltage sind die Kinder von zwei der sieben Sammelplätze zum Baden bestimmt. Natürlich besteht kein Zwang. Es haben nur, wer Lust dazu hat, morgens von 9—11 die Mädchen, dann von 11—3 die Knaben, ohne Entgelt, gewöhnlich in Abteilungen von je 50 Kindern. Mehr können nicht zugelassen werden, weil sonst die Verantwortlichkeit zu groß wird. Badezeug und Handtuch muß mitgebracht werden. Von einigen Spielleitern wird unentgeltlich Schwimmunterricht erteilt. Etwa der sechste Teil der hier am Baden teilnehmenden Knaben kann bereits schwimmen. Unfälle sind noch nie vorgekommen. Eine einfache Kartenkontrolle erleichtert die Ueberficht. Das Fehlen eines Kindes müßte schnell entdeckt werden.

Eine wesentliche Neuerung auf dem Spielplatz im Plänterwald ist, daß sämtliche Unterkunftsstellen endlich mit Wiyableitern versehen worden sind. Leider fehlt noch die Fernsprechanlage, die sich als immer notwendiger herausstellt. Sie kann zur Veranschaffung der Lebensmittel, bei Unfällen, Erkrankungen und Unwetter wertvollste Dienste leisten.

Polizei und Sittlichkeit.

Der Polizeipräsident Charlottenburg hat eine Verfügung erlassen, die sich gegen „leichtsinniges Treiben“ in gewissen Lokalen richtet und polizeiliches Einschreiten androht, wenn durch lautes und unangemessenes Gebahren gegen den guten Ton verstößen wird. Die Verfügung lautet:

„Es sind in neuerer Zeit wieder erhebliche und zahlreiche Klagen über die Zunahme des leichtfertigen Treibens in den öffentlichen Lokalen laut geworden. Es kann nicht gebuldet werden, daß sich immer mehr ein Treiben breit macht, das mit dem Ernst der gegenwärtigen Zeit nicht im Einklang steht und bei den Familien der vor dem Feind kämpfenden Truppen und allen patriotisch Gesinnten nur Empörung hervorrufen muß. Es wird polizeilich scharf kontrolliert werden, ob in öffentlichen Lokalen Verstöße gegen Sitte und Anstand vorkommen, die ein Einschreiten erforderlich machen. Es wird nötigenfalls mit allen Mitteln dagegen vorgegangen werden. Ich erwarte, daß die Inhaber der öffentlichen Lokale im eigenen Interesse demüt sind, in Zukunft alle zweifelhaften Elemente von ihren Lokalen fernzuhalten und streng dahin zu wirken, daß das Treiben in ihren Lokalen zu Unzuständen keinen Anlaß gibt. Insbesondere weise ich darauf hin, daß allen zweifelhaften weiblichen Personen der Aufenthalt im Lokal verwehrt werden muß, einzeln, ob sie mit oder ohne Herrenbegleitung sind; auch muß gegen solche Personen durch Entfernung aus den Lokalen eingeschritten werden, die durch lautes und unangemessenes Gebahren gegen den guten Ton verstößen. Die Inhaber haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn infolge Nichtachtung dieser Warnung die schärfsten polizeilichen Maßnahmen und gegebenenfalls die Schließung des Betriebes zur Anwendung gelangen werden.“

Zu diesem Erlaß hat allem Anscheine nach das Treiben in den besseren Kaffees in Berlin WW in der Gegend am Kurfürstendamm und des Zoologischen Gartens Anlaß gegeben. In der jetzigen schweren und ernsten Zeit gibt es noch sehr viel Leute, die es dazu haben, um in Gesellschaft von Halbweildamen lebhaft zu machen. Es gibt eine Menge Menschen, denen der Krieg nichts anhaben konnte, die vielmehr gerade durch den Krieg viel und leicht Geld verdient haben und nach einem blauen Lappen nicht zu fragen brauchen. Diesen Leuten fehlt nichts; sie haben nur den Wunsch, den Lebemann zu spielen. Daran wird auch der Erlaß des Charlottenburger Polizeipräsidenten nichts ändern.

Die Polizei ist nicht die Stelle, die sittlich erziehen kann. Bei solchen Verstößen wird sie nur Mißgriffe über Mißgriffe tun, Wird der Erlaß verallgemeinert, wie das immer so geht, so werden sogar Personen davon betroffen, die man gar nicht treffen möchte, die aber doch, wie die Dinge heute stehen, auf öffentliche Lokale angewiesen sind. Hunderttausende weiblicher Personen müssen heute öffentliche Lokale aufsuchen, wenn sie auch nicht gerade die Kaffees von Berlin WW besuchen. Und da könnte es doch zu leicht vorkommen, daß solche weibliche Personen die Opfer polizeilicher Auslegungskunst und polizeilicher Willkür werden. Das wird nie zu vermeiden sein, wenn man die Ausführung solcher Erlasse zur Hebung der Sittlichkeit in die Hände untergeordneter polizeilicher Organe legt.

Die Bistenkarte des Todes. Im Treptower Rathaus müssen alle Personen, die sich zur Stammrolle anzumelden haben, das Zimmer 57 aufsuchen. Zu ihrem Eintreffen und Wefremden sehen sie dann an der Eingangstür zu diesem Zimmer ein Schild mit der Aufschrift „Friedhofsverwaltung“. Gibt es denn in dem geräumigen Treptower Rathaus gar kein geeigneteres Zimmer? Den Redeflächigen braucht doch der Tod wirklich nicht auf den Präzidenterteller gelegt zu werden.

Die Reisebrotmarken.

Nachdem für die Reisenden, die auf höchstens 3 Wochen zu verreisen beabsichtigen, Reisebrotmarken eingeführt worden sind, welche für das gesamte preussische Staatsgebiet Gültigkeit haben, ist mit dem Königreich Sachsen eine Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung der sächsischen und preussischen Reisebrotmarken für Sachsen und Preußen getroffen worden. Reisen also preussische Staatsangehörige nach Sachsen und umgekehrt sächsische Staatsangehörige nach Preußen, so erhalten sie auf die in ihrer Heimat empfangenen Reisebrotmarken Gebä. Die einzelnen Feste umfassen, ebenso wie die preussischen Reisebrotbrote, einen Zeitraum von 4 Tagen.

Bedauerlicherweise lauten die sächsischen Brotmarken auf 40 Gramm Gebä, während hier Brot nur in Gewichtsmengen abgegeben werden darf, die durch 25 teilbar sind, was bei den preussischen Reisebrotmarken berücksichtigt ist. Die hiesigen Bäcker und Gasthofbesitzer können daher auf sächsische Marken nur in der Weise Gebä abgeben, daß die von ihnen gelieferten Mengen sich innerhalb der auf den abgetrennten Abschnitten angegebenen Menge bewegen. (Werden z. B. zwei Schrippen entnommen, so bleibt nichts übrig, als drei Marken = 120 Gramm abzutrennen.)

Die sächsischen Reisebrotmarken sind äußerlich von den preussischen dadurch unterschieden, daß sie auf weichem Papier einen grünen Streifen und den Ausdruck „Königreich Sachsen — Reisebrotmarke 40 Gramm Gebä und das sächsische Landeswappen enthalten.

Für Reisen, die länger als drei Wochen dauern, verbleibt es bei dem alten Verfahren der Reiseabmeldeheine.

Der Magistrat berichtigt. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: „Nach einer durch den Verein der Gastwirte Groß-Berlins verbreiteten Erzählung soll der Präsident des Kriegsberührungsamtes eine Kontrolle der Gastwirtschaften vorgenommen, die abgelieferten Fleischkartenabchnitte geprüft und wegen der dabei hervorgetretenen Mängel dem betreffenden Magistratsdezernenten eine Zurechtweisung erteilt haben. Für

die Groß-Berliner Städte sind wir ermächtigt, diese Erzählung als erfunden zu erklären. Zugleich stellen wir fest, daß die zeitweise Sperrung des Fleischbezuges für ein großes Berliner Hotel seinerzeit vom Berliner Magistrat ohne jede Anregung von außen her erfolgt ist.

Ein Achtzigjähriger.

August Schneider, genannt Vater Schneider, wird heute achtzig Jahre alt. Geboren am 4. August 1836 in Frankfurt a. O., erlernte er dort die Kürschmacherschule und kam auf der Wanderschaft nach Kofod; er wurde dort selbständig. Durch die Brüder Kapell, die damals an der Wasserfront Agitation für den Sozialismus betrieben, aufmerksam gemacht, trat er bald in Kofod zur Sozialdemokratie über und wirkte, soweit es sein Können erlaubte, für den Sozialismus. Doch bald wurde seine Stellung in Kofod unhaltbar und er siedelte 1874 nach Berlin über, wo er im 4. Kreis (Südost) tätig war. Unter dem Ausnahmegericht war er mit seinen Eöhnen ein unerwünschter Genosse, stets dabei, wenn die Aufforderung erging, hinaus auf die Dörfer zu ziehen, um dort Agitation zu betreiben. Seine Selbständigkeit als Kürschmacher wurde unmöglich. Durch Vermittlung bekannter Genossen des vierten Kreises Südost erhielt Schneider durch Paul Singer die Stelle als Portier im Asyl für Obdachlose in der Wiesenstraße. Dort erwarb er sich durch treue Pflichterfüllung die Achtung seiner Vorgesetzten bis er nach dem plötzlichen Tode seiner Lebensgefährtin 1910 seine Pensionierung nachsuchte. 1896 im Niederbuchprozeß in Untersuchungshaft genommen, wurde er im Hauptverfahren freigesprochen. Während seiner 13-jährigen Tätigkeit als Portier war er Mitglied des 6. Kreises, jetzt Mitglied des 2. Kreises. Seit Gründung des „Berliner Volksblatt“ bzw. „Vorwärts“ war er ununterbrochen unser Abonnent.

August Schneider dürfte wohl das älteste Mitglied der Partei — nicht nur im Alter, sondern auch als organisierter Genosse — in Groß-Berlin sein. Wenn ihn auch das Alter zwang, von seiner gewohnten Tätigkeit zurückzutreten, so erfüllt er doch bis zur Stunde seine Parteipflichten, körperlich und geistig noch intakt. Die alten Genossen wünschen ihm, daß er noch so manches Jahr unter ihnen weilen möge.

Die Rennbahn hat den 47 Jahre alten Hilfsbuchhalter Max Nidel aus der Kamerunerstraße auf Abwege gebracht. Er entnahm der ihm anvertrauten Kasse der städtischen Gaswerkverwaltung wiederholt Beträge, bis er sich nicht mehr auskannte und ergriff dann die Flucht. Die Unterschlagungen betragen 6000 Mark.

Das Opfer eines Unfalls ist der 46 Jahre alte Vater Karl Wain aus der Wobrowstraße 38 geworden. Beim Bewegen eines Geldschrankes fiel ihm dieser auf die Beine und verletzte ihn so schwer, daß er nach der Charité gebracht werden mußte. Dort ist er gestorben.

Um ein Verdict handelte es sich bei der Meldung von einem Unglücksfälle am Tempelhofer Feld auf Reußener Gebiet, bei dem ein auf Posten stehender Soldat von einem Stein tödlich getroffen sein sollte. Die Ermittlungen der Reußener Kriminalpolizei ergeben haben, haben eine Anzahl Jungen in der in Frage kommenden Gegend allerhand Alotria getrieben, so daß ein Junge von einem Posten festgenommen und nach der Schießwache gebracht wurde. Ein Unglücksfall oder sonst eine strafbare Handlung liegt nicht vor.

Der Turnverein „Fichte“ bezieht am Sonntag, den 6. August, zur Feier des 26-jährigen Bestehens, sein diesjähriges Spiel- und Sommerfest auf dem Turmplatz in Trepow, an der Köpenicker-Landstraße, bestehend in Sport, allgemeinen Freiübungen der Männer, Frauen, Lehrlinge, Schüler und Schülerinnen. Spiele: Sonderdarstellungen, Tanzszenen und Staffettenläufe. Anfang des Konzerts 2 Uhr, der turnerischen Veranstaltungen 2½ Uhr nachmittags. Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf.

Gesperrt. Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Mittelgang über den Vorkellertunnel wird wegen Gasleitungsverlegungen zufolge Untergrundbahnbaues auf entsprechende Zeit gesperrt. — Die Turmstraße von der Wilsnader Straße, ausschließlich des Kreuzdammes, bis zur Rathenower Straße, einschließlich des Kreuzdammes, wird vom 2. August ab wegen Gleisarbeiten auf ungefähr 5 Wochen für den Durchgangsverkehr gesperrt.

Verloren wurden Donnerstag vormittag zwischen 11 und 1½ Uhr von einer Kriegerfrau auf dem Wege von Gubener Straße 19 bis Mitte Comeniusplatz zwei Zwanziger und ein Zehnmarschein. Der Finder wird gebeten, den Fund bei Frau Seidel, Lorenstraße 5, Luerg. 4 Treppen, abzugeben.

Aus den Gemeinden.

Dienstzeit der Charlottenburger Brotkommissionen.

Der Magistrat teilt mit: Die Dienststunden der Charlottenburger Brotkommissionen werden mit Rücksicht auf die Reisezeit vom Freitag, den 4. August, bis einschl. Donnerstag, den 17. August, auf die Zeit von 9—1 Uhr vormittags und 4—8 Uhr nachmittags festgelegt. Erfahrungsgemäß geht die Abfertigung des Publikums am schnellsten in den Vormittagsstunden vor sich. Das Publikum wird darum gebeten, seine Angelegenheiten auf den Brotkommissionen nicht, wie es jetzt vielfach geschieht, fast ausschließlich nachmittags, sondern auch in den Vormittagsstunden zu erledigen. Von Freitag, den 18. August, ab sind die Brotkommissionen wieder von 4—8 Uhr nachmittags geöffnet.

Sacharinabgabe in Schöneberg.

In Schöneberg wird Sacharin an alle Haushaltungen auf Grund der roten Schöneberger Lebensmittelkarte (Haushaltskarte) abgegeben. Eines besonderen Antrages bedarf es nicht. Für den Monat August gilt der Widm. Nr. 7 der roten Lebensmittelkarte für den Bezug von einem Briefchen Sacharin in den Schöneberger Apotheken und Drogeriegeschäften. Der Preis beträgt 25 Pf. für ein Briefchen. Der Inhalt des Briefchens entspricht im Schwere etwa einem Pfund Zucker. Es empfiehlt sich, bei der Verwendung die auf jeder Packung aufgedruckte Gebrauchsanweisung genau durchzulesen, da bei unvorsichtiger Mengenberechnung die Speisen leicht zu stark gesüßt werden.

Stellungnahme der Reußener Genossen zu den Beschlüssen der Verbands- und Kreisgeneralversammlung.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins Reußener nahm am 2. August zu den Beschlüssen der Verbandsgeneralversammlung und der letzten Kreisgeneralversammlung Stellung. Den Bericht erstattete der Vorsitzende Genosse Friedrich Koch. Einleitend gedachte er an der Schwelle des dritten Kriegsjahres mit etlichen Worten der ungeheuren Opfer, die bisher gebracht worden sind. Am Schluß des Berichts über die Kreisgeneralversammlung kennzeichnete er das parteierfüllende Treiben der alten Kreisvorstandsmitglieder auch nach der letzten Kreisgeneralversammlung. Die Groger, Bagels und Genossen, die in die Geschäfte Reußens sich einmischten, weil ihnen angeblich diese Pflicht des Parteistatus gebot, für sie existiert jetzt überhaupt kein Statut. Bisher haben sie sich geweigert, Kasse, Bücher und Bureauunterlagen dem neugewählten Vorstand zu übergeben. Allgemeine Geistesfreiheit erweckte die Verlesung der Schreiben von Groger und Bagels, die sie an den Kreisvorstand auf ihre Kündigung richteten. Beide sind sie der Meinung, daß eine „neugegründete Organisation“ sie doch nicht hindern könnte. Wie parteierfüllend die

Groger und Genossen im Kreise und am Orte wirken, zeigte Genosse Koch durch Verlesung einer vom Genossen August Reumann unterzeichneten Einladung zu einer Versammlung für den 3. August nach der Ideal-Kasse, Mareßstr. 14. In der Einladung werden die Genossen gewarnt, die heutige Generalversammlung zu besuchen, da das für sie eine neugegründete Organisation wäre. Obwohl Reumann nicht anwesend war, hielt Genosse Koch es doch für seine Pflicht, sich mit dessen Person eingehend zu beschäftigen. Während der zwei Jahre sei dieser stets gegen die Opposition mit dem schwersten moralischen Gespinn aufgeföhren und jetzt beweise er, daß er der Zerstörer der Partei sei. Aber auch unser früherer zweiter Vorsitzender Genosse Brinkmann ist an diesem parteierfüllenden Treiben beteiligt. Wir haben jetzt alles zu tun, um am Orte Organisationsarbeit zu leisten, damit, wenn auch der Parteivorstand nicht seine schädigende Arbeit einstellt, doch eine gute Organisation am Orte vorhanden ist. (Beifall.) Koch empfahl der Versammlung die Annahme untenstehender Resolution.

In der Diskussion sprachen etliche Genossen im Sinne Kochs und verurteilten besonders scharf die Tätigkeit Reumanns. Ein Antrag aus der Versammlung auf Untersuchung der Sache Reumann wurde dem Vorstand überwiesen. — Genosse Koch, als früheres Mitglied des erweiterten Vorstandes, gab im Rahmen der übrigen früheren Mitglieder des Kreisvorstandes, der Genossen Scholz, Heller und Kaditz folgende Erklärung ab:

„Seit der letzten Kreisversammlung vor der Kreisgeneralversammlung am 18. Juni sind wir Kreisfunktionäre zu keiner Sitzung eingeladen worden und haben auch an keiner teilgenommen; insoweit können wir für die Beschlüsse des Kreisvorstandes auch keine Verantwortung haben.“

Die von Koch eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen und lautet:

„Die heute am 2. August tagende außerordentliche Generalversammlung stellt sich auf den Boden der Beschlüsse der Kreisgeneralversammlung vom 23. Juli.“

Die Generalversammlung nimmt entriüsst Kenntnis von der Verweigerung der Uebergabe der Kasse und Bureauunterlagen an den rechtmäßigen neuen Kreisvorstand. Die Versammlung gelobt treu und fest zum neuen Kreis- und Ortsvorstand zu halten und gelobt ferner, mit allen Kräften der parteierfüllenden Arbeit der Groger und Genossen im Kreise, und Reumann und Genossen am Orte mit aller Energie entgegen zu arbeiten.

Die Versammlung erklärt mit dem Abschluß der Kreisgeneralversammlung vom 23. Juli die Wahlen für abgeschlossen und die Bahn frei zur rührigen, fördernden Parteiarbeit.

Die am 8. August tagende Veranstaltung der Groger und Genossen bezeichnet die Versammlung als einen Akt der Anarchie.“

Parteizerrüttung durch die Mehrheitspolitiker im Wahlverein Charlottenburg.

Der Vorstand des Charlottenburger Wahlvereins geht uns nachstehender Bericht zu:

Der Vorstand des sog. Wahlvereins Charlottenburg hatte sich geweigert, den neuen Kreisvorstand von Leitow-Deeslow anzuerkennen und mit ihm in geschäftliche Verbindung zu treten, entgegen einem Beschlusse der Mitgliederversammlung Charlottenburgs vom 20. Juni 1918. Daraufhin verlangten die Mitglieder, daß der Vorstand sich zur Neuwahl stelle.

In einer Mitgliederversammlung am 18. Juli sollten die Vorstandswahlen bereits stattfinden, doch wurde die Versammlung durch den überwachenden Beamten vorzeitig aufgelöst, da ein Vertreter der Mehrheitspolitiker Ausführungen gemacht hatte, die auf eine Denunziation bestimmter Genossen hinausliefen und die Versammlung in heftige Erregung versetzten.

Am 2. August fand die Fortsetzung der Versammlung statt. Um einer Auflösung vorzubeugen, wurde beschlossen, ohne Diskussion sofort die Wahlen vorzunehmen. Es lagen zwei Vorschlagslisten vor, und es wurde beantragt, en bloc über diese abzustimmen. Nachdem die Liste der Opposition mit großer Mehrheit angenommen worden war, verlos der Vorsitzende Genosse Hildebrand eine Erklärung der Mehrheitspolitiker, die ausgesprochen, daß „weil ein Teil der Genossen seit zwei Jahren sich planmäßig in härtestem Gegensatz zu der von den berufenen Organen der Gesamtpartei vertretenen Politik stellt“, die Anhänger der Mehrheitspolitik sich zu verhalten haben, „unter Anerkennung des alten Kreisvorstandes und der von diesem einberufenen Kreisgeneralversammlung unserer alten Wahlverein unter einem anderen Vorstand nach dem bestehenden Statut weiterzuführen.“

Darauf übergab der alte Vorsitzende Genosse Hildebrand mit einigen Dankworten für das ihm bisher bewiesene Vertrauen den Vorsitz der neuen Vorsitzenden Genossin Rehmig und verließ mit etlichen anderen Genossen den Saal.

Die Versammlung wurde dann mit einem Hoch auf die Internationale geschlossen.

Ferienstelle in Mariendorf. Freitag Ausflug nach Blankenfelde. Treffpunkt morgens 1/9 Uhr vor dem Hause Großbeerenstr. 115. Proviant und 20 Pf. Fahrgehalt sind mitzubringen (für Kinder unter 10 Jahren die Hälfte). Nachzügler versammeln sich nachmittags 1 Uhr vor dem Rathaus.

Berichtszeitung.

Eine Butterverkäuferin.

Eine recht nervöse Butterverkäuferin, die faulende Hausfrauen in beleidigender Weise behandelte, stand gestern in der Person der Verkäuferin Martha Jagow aus Charlottenburg vor der Ferienstrasskammer des Landgerichts III.

In dem Buttergeschäft in der Knobelsdorffstraße, in welchem die Angeklagte bediente, hatten am 16. März mehrere Frauen nach langem, geduldigem Warten je 125 Gramm Butter, die schon in Papier gewickelt zurückgelegt war, erhalten. Die ihnen verabreichte Menge schien ihnen aber recht klein und eine der Frauen stellte durch Nachwiegen fest, daß an jedem Paket 10 bis 15 Gramm fehlten. Das wollten sich die Frauen nicht gefallen lassen, in ihrem Auftrag sagte sich vielmehr eine von ihnen Mut und ging in das Geschäft zurück, um Aufklärung über das Mindergewicht zu verlangen. Dadurch erregte sie aber den Zorn der Angeklagten, die in leidendem Tone ihr zurief: „Geben Sie nur die Butter her, ich werde sie reichend los bei diesem Pöbelvolk und Lumpenpack, welches hier wohnt!“

Die Käuferin beschränkte sich dieser dreisten Bemerkung gegenüber nicht nur auf eine energische Zurückweisung, sie nahm vielmehr die Butter und ging damit zur Polizei. Die Anklage wegen Verkaufes nach Mindergewicht und Beleidigung war die Folge. Wegen des festgestellten Mindergewichts mußte das Schöffengericht auf Freisprechung erkennen, da nicht nachzuweisen war, wer die Butterpakete zurechtgemacht hatte; dagegen verurteilte das Gericht die Angeklagte wegen der Beleidigung zu 20 M. Geldstrafe. Die Angeklagte legte Verurteilung ein, die Strafammer verwarf diese. Der Vorsitzende drückte das Bedauern des Gerichtshofes aus, daß nicht auch vom Amtsanwalt Berufung eingelegt worden, da dann für ein so unerhöhrtes Verhalten gegenüber den geplagten Hausfrauen eine viel strengere Strafe ausgesprochen worden wäre.

Wohnungsausplünderung.

Zur Ausplünderung der Wohnung einer Kriegerfrau hatten sich die drei Angeklagten vereinigt, die gestern als die mehrfach vorbestraften Elsbeth Werner, Gertrud Franzen und Paul Stange vor der Ferienstrasskammer des Landgerichts I standen.

Eine Frau Stübel, deren Ehemann zum Österreichischen Heere einberufen worden war, hatte während der Abwesenheit ihres Mannes ihre Wohnung verpfändet und Aufenthalt bei ihrer Mutter genommen. Die Kenntnis von dieser Tatsache benutzten die beiden weiblichen Angeklagten, um eines Abends in Gemeinschaft mit zwei unermittelten geliebten Männern in die Wohnung einzudringen und diese vollständig auszulündern. Während der Wegschaffung der Sachen hatte Stange, der mit der einen Angeklagten bekannt war, die Rolle des Schmierensüßers übernommen, insofar er seinen Anteil aus dem Erlöse der Sachen abkassierte. Die bedauerlicherweise Kriegerfrau berechnete den ihr zugefügten Schaden auf über 700 M. Die Strafammer verurteilte die beiden weiblichen Angeklagten zu je 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, den Stange zu 1 Jahr Gefängnis.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Arbeiterjugend. Sonnabend, den 5. und Sonntag, den 6. August: Radfahrer nach Johannistal-Königsplatz. Treffpunkt Sonnabendabend 10 Uhr, Saalhof Schöneberg. Fahrgehalt 1 M.

Dienstag, den 8., und Mittwoch, den 9. August: Spielen auf dem Platz Rubensstraße. Anfang 7 Uhr.

Schöneberg. Jugendbildungsverein. Sonntag, den 6. August: Fahrt nach Gladow. Treffpunkt 1/7 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Platz. Mittwoch, den 9. August, abends 8 Uhr, Hauptstr. 5: Vortrag über die Umbildung der Jugend.

Friedrichshagen. Radwanderung am 5. und 6. August nach Busch-Gorlitzer-See-Papitzsee-Bernau. Radfahrt Sonnabendabend 7¼ vom Bahnhof Friedrichshagen. Fahrgehalt 1,50 M. Proviant, Decken und Niederblätter sind mitzubringen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 18. Heft vom 2. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Das dem Inhalt des Heftes leben wir hervor: Gulland Gellert. — Von R. Kautz. — Reenanat Böhm. — Von G. Bernheim. — Eine Besenmännlein. Von August Erdmann. — Die Umbildung im lernen Osten. Von Spector. — Literarische Rundschau: Professor Dr. Paul Krenzl, Die Robilmachung des Geistes. Von Gustav Schiem. Dr. Fritz Heßlich, Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Textilarindustrie. Von D. Schneider.

Von „Wahren Jacob“ ist soeben die 18. Nummer des 33. Jahrgangs erschienen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist soeben Nr. 23 des 26. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer leben wir hervor: Um die Kriegsgleise. — Ein Blatt Geschäfte. II. — Mutterpflicht und Säuglingshaus. Rede des Reichstagsabgeordneten Genossen Kuntz. (Schluß). — Zur Umbildung einer Reichsfrauenkonferenz. Von Frida Wulf, Breslau. — Aus der Bewegung: Genossin Haslamah-Velgus. — Gewerbliche Rundschau. — Genossinnenkollektive Rundschau. Von H. P. — Kollektiv: Aus dem öffentlichen Leben. — Für den Frieden. — Frauenstimmrecht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschaftsfindet für Abonnenten Studenten, S. IV. Das rechtlich, darunter, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Wunsch und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Persönliche Anträge werden nicht erteilt. Anträge, denen keine Abonnementbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen tragen man in die Erbschaftsfindet vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Erbschaftsfindet mit.

Colombo 30. 1. Um Hebamme zu werden, hat die Betreffende sich zunächst zur Erlangung eines Vorprüfungszeugnisses bei dem für ihren Wohnort zuständigen Kreisrat zu melden, dann hat sie sich an das Polizeipräsidium zu wenden. Dort wird sie, wenn sie die Vorprüfung bestanden hat, in eine Liste eingetragen, um später die Hebammen-Vorbereitung besuchen zu können. Bei der Aufnahme in diese Liste hat die Betreffende nicht unter 20 und nicht über 30 Jahre alt sein. Bis zur Aufnahme vergeblich von der Eintragung beim Polizeipräsidium ab in der Regel 1—3 Jahre. In der Lehrzeit sind für Wohnung und Verpflegung 200 M., für Bücher und Instrumente 37,50 M. beim Eintritt zu entrichten. Der Kursus in der Lehrianstalt (Charité) findet vom 1. Oktober bis Ende März statt. 2. Solch Antrag kann gestellt werden. — Dr. W. Eintrück. Rein.

W. S. 34. Die Schwester ist zur Rückgabe nicht verpflichtet. — II. Landsturm. 1. Ja. 2. Die Streichung erfolgt ohne weiteres; Sie können aber auch ausdrücklich den Antrag bei der Polizeibehörde stellen. — C. S. 16. Weiter ist der Kausal einer Klage auf Aushebung des Mietvertrages nach der heftigen Rechtsprechung außerordentlich zweifelhaft, völlig ausgeschlossen ist sie nicht. Wegen der mit einer Abweisung verbundenen Kosten raten wir aber nicht zur Anbringung der Klage. Fordern Sie den Willen auf, das Ungeheuer endlich innerhalb acht Tagen zu entlernen, widrigenfalls Sie auf seine Kosten einen Kammerjäger zu diesem Zweck annehmen und die Kosten von ihm ersetzt verlangen werden. Handeln Sie dann wie angebrocht. Jetzt sich das Ungeheuer häßlicher werden, würden Sie immer wieder diesen Weg gehen können. — G. S. 11. 1. Die Eheverbindung hätte zunächst auf Erfolg. Beantragen Sie zunächst bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen, Ehescheidungsantrag. 2. Nach fruchtlosem Ablauf des Scheidetermins beantragen Sie, Ihnen das Urteil zur Ermäßigung des Armenrechts gemäß Bescheidigung zu erteilen. Haben Sie dieses Urteil vom Magistrat, so legen Sie die Sache dar und beantragen unter Verweisung des Urteiles beim Landgericht die Bewilligung des Armenrechts zur Scheidungsklage. — W. S. 1. und 2. Rein.

W. S. 16. 1. Für Hebammen ist für den Landesbezirk Berlin die Gebührenordnung vom 25. September 1908 maßgebend. Danach beträgt die Gebühr für den Bestand einer regelmäßigen Geburt 7,50—30 M., für jeden Besuch 1—5 M., bei Nacht das Doppelte. Ferner ist eine Entschädigung für Desinfektionsmittel usw. zu zahlen. Die niedrigsten Sätze finden Anwendung, wenn nachweisbar Lindemittel die Verpflichteten sind, oder wenn die Zahlung aus Staatsfonds, aus den Mitteln einer milden Stiftung oder eines Organs der gesetzlichen Zwangsversicherung zu leisten ist und nicht besondere Schwierigkeiten der Leistung oder das Maß des Heilwunders einen höheren Satz rechtfertigt. Der Vorläuf der Gebührenordnung hat der „Vorwärts“ u. a. am 20. April 1915 abgedruckt. 2. Die Hebammen sind zu sechs Besuchen verpflichtet, und zwar zu je zwei am ersten und zweiten Tage nach der Entbindung, einen am dritten und einen am vierten oder fünften Tage. 3. Ja. — G. H. 15. Rein.

W. S. 34. 1. Die Forderungen sind nach keiner Richtung hin haßbar. Gegen sie kann nichts unternommen werden. 2. In diesem Falle sollen die Kinder innerhalb spätestens sechs Wochen nach dem Tode die Erbchaft ausfinden. 3. Strafverfolgung ist noch möglich. 4. Ein Antrag ist nicht erforderlich. 5. Sie leben in getrennten Wätern. Sie können aber einen besonderen Güterrechtsvertrag in der Art, in welcher Sie wollen, noch jetzt bei Gericht schließen. — R. W. Weiter würden Sie mit Sicherheit mit einem Schadenersatzprozeß nur gegen den Sohn durchkommen. Das Urteil ist 30 Jahre lang vollstreckbar. Eine Klage gegen die Eltern hätte nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn nachzuweisen ist, daß sie die ihnen obliegende Aufsichtspflicht vernachlässigt haben. Aus dem, was Sie angeben, folgt das noch nicht. Wenn aber das Gemehr etwa fahrlässig (wie es scheint), geladen hingestellt war oder so vernachlässigt war, daß es leicht geladen werden konnte, so würde die Klage auch gegen denjenigen, der diese fahrlässigkeit begangen hat, Aussicht auf Erfolg haben. — G. T. H. 100.

Das Heftige Kaufmannsgericht entscheidet in den verschiedenen Kammern über diese Frage verschieden. Der Anspruch ist u. E. berechtigt; strengen Sie event. die Klage auf Rückzahlung an. — W. S. 88. Ja. G. S. 5. Thoren. Machen Sie Ihren Anspruch gegen die Krankenkasse geltend geltend. Er hat Ihnen zu. Es genügt zum Nachweis über Erwerbunfähigkeit die Tatsache, daß Sie im Lazarett liegen. — W. 1000. Sie können einmaler die Summe bereits bei Verlassen Ihrer Tochter schenken oder ein Konto auf ihren Namen auf einer Bank anlegen und in einem Radgettel zum Testament, der aber eigenhändig geschrieben und unterschrieben sein und auch Datum und Ortangabe haben muß, mitteilen. Meine Tochter erhält von uns für Ihre Abhaltung nach der Ueber; die wir bei Verlassen mit ihr getroffen haben, so und so viel Mark, die aber erst nach unserem Tode ausgezahlt werden sollen. Diese Summe ist da und da angelegt, sie hebt unserer Tochter (Vorname) zu, ohne daß die Summe zur Erbchaftsmasse zu rechnen ist.“ (Unterchrift.) Derunter schreibt dann Ihre Frau eigenhändig Ort und Datum und darunter: „Dieses Testament soll auch als mein Testament gelten“, und unterschreibt dies. — G. M. 300. Ist die Parteizeit nicht erfüllt, also die aus dem „Vorwärts“ vom 13. Juli ersichtliche Zahl der Marken nicht geliefert, so hat man keinen Anspruch auf eine geringere Rente, sondern muß nachleben und hat erst dann, wenn man die erforderliche Anzahl Marken erreicht ist, einen Anspruch auf Altersrente. — C. H. 99. 1. u. 2. Nein. 3. Ja.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Hiemlich kühl. Zunächst überwiegend bewölkt. Teilweise der Ober und langs der Küste vielfach starke, im Südwesten landwärtige Regenschauer. Später wieder zeitweise heiter, aber veränderlich.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Hiemlich kühl. Zunächst überwiegend bewölkt. Teilweise der Ober und langs der Küste vielfach starke, im Südwesten landwärtige Regenschauer. Später wieder zeitweise heiter, aber veränderlich.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Hiemlich kühl. Zunächst überwiegend bewölkt. Teilweise der Ober und langs der Küste vielfach starke, im Südwesten landwärtige Regenschauer. Später wieder zeitweise heiter, aber veränderlich.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Hiemlich kühl. Zunächst überwiegend bewölkt. Teilweise der Ober und langs der Küste vielfach starke, im Südwesten landwärtige Regenschauer. Später wieder zeitweise heiter, aber veränderlich.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Hiemlich kühl. Zunächst überwiegend bewölkt. Teilweise der Ober und langs der Küste vielfach starke, im Südwesten landwärtige Regenschauer. Später wieder zeitweise heiter, aber veränderlich.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Hiemlich kühl. Zunächst überwiegend bewölkt. Teilweise der Ober und langs der Küste vielfach starke, im Südwesten landwärtige Regenschauer. Später wieder zeitweise heiter, aber veränderlich.